

Adressenident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 19. Januar 1929

Nummer 6

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

Soziallasten und Wirtschaft

Es gibt kaum eine Zeitschrift der Verbände des Handels, der Gewerbe und der Industrie, die nicht fortwährend über die hohen deutschen Soziallasten klagt oder schimpft. Eigentlich müßte das den Lesern doch einmal langweilig, ja unerträglich werden. Aber das scheint nicht so. Die Genügsamkeit der Leser der Unternehmer-, Verbände- und Fachblätter ist überhaupt kaum zu verstehen: Ein fortgesetztes Rückwärtschauen, ein verbissenes Abschleichen aller neuen Gedanken, ein geflüstertes Übersehen der Entwicklungs- und Wachstumsaufgaben des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens!

Obgleich sich einflussreiche Kreise offen und mehr noch versteckt gegen den Fortschritt wehren, kommt er aber doch, wenn auch leider langsamer als notwendig ist. Der Widerstand gegen das Neue und Zeitgemäße würde schneller gebrochen werden können, wenn die Arbeiter und Angestellten einig und geschlossen gewerkschaftlich organisiert wären, woran ja leider noch viel fehlt. Wer unter den Härten leidet, die auf die Fortschrittsfeindlichkeit der Unternehmer- und Produktionsmittelbesitzer zurückzuführen sind, der sollte zunächst ernst und gründlich über die Frage nachdenken: Warum wird das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben nicht so gestaltet, wie es recht und billig, vernünftig und vorteilhaft für alle ist? Nun, weil Rechte und Freiheiten noch nie ohne Kampf erworben worden sind und weil eben der Kampf um Fortschritt und Entwicklung noch nicht entschieden genug von den Zurückgebliebenen und Entschiedenen geführt wird.

Den Unternehmern aller Grade ist die soziale Entwicklung der letzten Jahrzehnte immer verhaßt gewesen. Die heutigen schweren Lebensverhältnisse fordern den sozialen Schutz der Arbeiter noch mehr als die früheren. Aber gerade jetzt läuft man besonders heftig Sturm gegen die Sozialgesetzgebung. Es sind nicht nur die Fach- und Verbändeblätter der Unternehmer, sondern auch viele Tageszeitungen, die fortwährend daran arbeiten, den sozialen Bau zu unterwühlen, der in den letzten Jahren unter schwersten Kämpfen mühsam in Deutschland aufgeführt worden ist. Das Klagen und Schimpfen über die angeblich so hohen Soziallasten wird deshalb immer wiederholt, weil es zum Schlagwort werden soll. Dieses Schlagwort sollen auch diejenigen gedankenlos nachsprechen, die gar kein Interesse daran haben, die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen. Diese Absicht ist auch von der Unternehmerklasse bereits in bedeutendem Umfange erreicht.

Weder die Unternehmer noch diejenigen, die das abgegriffene Wort von den hohen Soziallasten nachsprechen, wissen gewöhnlich etwas Näheres über die wirkliche Höhe dieser Lasten. Wann hätten sich die Feinde des Fortschritts überhaupt die Mühe gemacht, das Leben und seine Aufgaben wirklich ernstlich zu erforschen? Wann hätten sie den Maßstab des Rechts und der Gerechtigkeit, den Maßstab auch des Notwendigen und Zeitgemäßen an die Dinge gelegt, die uns beschäftigen, die wir um- und weiterbilden müssen, weil das drängende Leben es gebietet? Nicht und Aufklärung müssen stets die bringen, die unter Ungerechtigkeiten und Fehlern leiden.

Die Soziallasten sind Sozialpflichten, die die Gesamtheit zu erfüllen hat. Darüber sollte sich die Unternehmerschaft auch allmählich im klaren sein. Der Arbeiter oder wer sonst durch die Sozialgesetzgebung geschützt wird, will keine Wohlthaten von den wirtschaftlich Bessergestellten, von den „Besitzern“ der Erzeugnisse und Arbeitsmittel „des Volkes“, er will Recht und Gerechtigkeit. Man kann das Sozialwesen vereinfachen, um an Verwaltungskosten zu sparen, aber abtragen oder beseitigen kann man es nicht. Je mehr der Wirtschaftsindividualismus verflinkt, desto selbstverständlicher und notwendiger wird der Ausbau der Sozialgesetzgebung. Die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten werden fortgesetzt größer, ganz einfach deshalb, weil alle Wirtschaftskraft durch Maschine und Organisation umgestaltet wird. Niemand sollte diesen Umgestaltungsprozess aufhalten suchen. Im Gegenteil, wir sollten ihn auf jede Weise fördern, damit der Nutzeffekt der Arbeit sich erhöht, denn davon hängt schließlich aller sozialer und kultureller Fortschritt ab.

Es ist wahr, daß die Sozialpflichten des deutschen Volkes größer geworden sind. Das brachte die Wirtschaftsentwicklung ohne weiteres mit sich. Aber daneben sind durch die Folgen des Krieges bedeutende Sozialaufgaben ent-

standen. Es gibt heute eine viel größere Zahl von Menschen, die nicht voll oder auch gar nicht erwerbsfähig sind, als vor dem Kriege. Die Zahl der Menschen, die Invalidenrente beziehen, betrug in Deutschland 1913 1,1 Millionen, im Jahre 1925 1,8 Millionen. In der gleichen Zeit erhöhte sich die Zahl der rentenberechtigten Witwen von 12 000 auf 320 000, die Zahl der Waisen von 83 000 auf 800 000. Außerdem empfangen noch 800 000 Kriegsbekämpfte, 360 000 Kriegserwitwen und 1,1 Millionen Kriegserwitwen usw. Renten. Sodann erhalten die zugunsten der sogenannten Wirtschaft enteigneten 340 000 Kleinrentner eine Unterstützung, die leider viel zu bescheiden ist und in gar keinem Verhältnis zu der ungeheuren Milliardensumme steht, die ihnen fortgenommen worden ist. Davon sprechen aber die jetzigen unermesslichen Besitzer der Wirtschaftsjubilate nie.

Die gesamten Kosten der Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, der Krankenversicherung und der Angestellten- und Knappschaftsversicherung betragen 1913 1,371 Millionen Mark, 1924 1,955 Millionen Mark, 1925 2,673 Millionen Mark, 1926 3,190 Millionen Mark, 1927 3,580 Millionen Mark. Von dem Sozialaufwand des Jahres 1927 zahlten die Unternehmer 1,561 Millionen Mark, die Beschäftigten 1,697 Millionen Mark und das Reich 302 Millionen Mark.

Zu diesen Beträgen müssen die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge und Erwerbslosenerziehung hinzugerechnet werden. Im Jahre 1927 wurden gezahlt an Arbeitslosenerfüllung 745,6 Millionen Mark, an Kurzarbeiterunterstützung 0,7 Millionen Mark, an Krisenunterstützung 160 Millionen Mark, zusammen 906,3 Millionen Mark. Von dieser Summe brachten die Unternehmer und Arbeiter rund 682, das Reich 116, die Länder 52 und die Gemeinden 53 Millionen Mark auf. Nach dem Gesetz über die Arbeitslosenerfüllung sollen die Kosten für die Erwerbslosenerfüllung grundsätzlich durch Beiträge der Unternehmer und Arbeiter aufgebracht werden.

Nach Berechnungen von Dr. Paul Herz, die die „Asa-Bundeszeitung“ veröffentlicht, beläuft der Sozialbedarf das Volkseinkommen jährlich mit etwa 6 Proz. Hierbei sind die Kosten der Erwerbslosenfürsorge mitgerechnet. Das Verhältnis der Sozialabgaben zu der Höhe des Jahresumsatzes verschiedener Unternehmungen beträgt nach Dr. Herz bei sechs den Untersuchungen zugrunde gelegten Firmen 0,7 bis 2,7 Proz. Die bilanzmäßigen Berechnungen, die die Unternehmer über die Sozial- und Steuerabgaben anstellen, will Dr. Herz mit Recht nicht als richtig anerkennen; einigemmaßen stichhaltige Ermittlungen wären allein nach dem Umsatz möglich.

Der wöchentliche Durchschnittslohn eines gelernten Arbeiters wird vom Statistischen Reichsamt auf 49,42 M. angegeben. Zu diesem Betrag zahlt der Unternehmer 3,03 M. Sozialabgaben hinzu. Der Lohn erhöht sich dadurch um 6,1 Proz. Die Sozialabgabe ist also für den Unternehmer, am Umsatz gemessen, nicht bedeutend und für den Arbeiter, als Lohnzuschlag betrachtet, auch nicht.

Die Unternehmer behaupten stets, daß die Soziallasten ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt unmöglich machen. Es ist nun aber doch gar nicht daran zu denken, die Sozialabgaben einzusparen, weil die Erwerbslosen, Kranken, Invaliden, Witwen, Waisen und die Alten doch so oder so unterstützt werden müssen. Die Kosten müßte die Wirtschaft auf jeden Fall dafür aufbringen. Sie erscheinen eben jetzt nur deutlicher erkennbar. Und die Empfänger der Unterstützungen haben einen rechtlichen Anspruch auf das, was sie bekommen. Und das ist doch wohl ganz zeitgemäß und gerecht. Man soll nicht immer einseitig mit Zahlen operieren. Nehmen wir einmal an, in Deutschland wären die Mieten nicht höher als in Wien, wo den Hausbesitzern das Recht auf Rente deshalb mit Recht abgesprochen wird, weil die Hypothekengläubiger auch keine Rente (Zinsen) mehr bekommen. In Deutschland gehörte den Hypothekengläubigern vier Fünftel des Vorkriegswertes der Häuser. Unser gesamter Sozialbedarf beträgt einschließlich der Arbeitslosenfürsorge jährlich etwa 4½ Milliarden Mark. Für die Mietwohnungen wurden vor dem Kriege 5 Milliarden Mark Jahresmiete gezahlt, jetzt müssen 20 Proz. mehr, also 6 Milliarden Mark bezahlt werden. Wenn davon die Hauszins- und Grundsteuer abgezogen wird, behält der aus Anlaß des Kriegsverlustes einsparnde Hausbesitz 4 Milliarden Mark. Vor dem Kriege mußte er nach einer Statistik des Reichsfinanzministers Dr. Helfferich 96 Milliarden

Mark Schulden verzinsen. Es verließ ihm also von der Mieteinnahme von 5 Milliarden Mark nach Abzug der Grundsteuer kaum eine Milliarde Mark. Die hohen Mieten sind also durchaus ungerecht. Hätten wir österreichische Mietverhältnisse, dann würde die Wirtschaftsbelastung um etwa so viel niedriger sein, als die Sozialverpflichtung beträgt. Diese Sozialbelastung ist unbedingt notwendig, sie ist so billig und gerecht, wie kaum etwas anderes. Aber die jährlichen Milliardenbeschenke an die Substanzbesitzer sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie beleidigen das „Volks-“ und „Frei“-Gefühl aller derjenigen, die in erster Linie die Folgen des Krieges tragen müssen. Von diesem großen Unrecht spricht die Unternehmerpresse niemals, im Gegenteil, sie tut alles, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, damit sie die wahren Tatsachen nicht erkennt.

Es ist nun auch nicht etwa so, daß nur die deutsche Wirtschaft soziale Lasten zu tragen hat. Nach einer englischen Statistik vom Jahre 1926 betragen die Ausgaben für die Sozialversicherung, einschließlich Arbeitslosenversicherung, in England bedeutend mehr als in Deutschland, nämlich fast 3½ Pfund Sterling auf den Kopf der englischen Bevölkerung.

Wenn die Lohnhöhe der verschiedenen Staaten miteinander verglichen wird, spielen unsere Sozialabgaben für unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wirklich keine nennenswerte Rolle. Am 1. Juli 1927 betragen die tarifmäßigen Wochenlöhne bei 48stündiger Arbeitszeit für ungelernete Arbeiter im Maschinenbau in Philadelphia 131,72 M., in London 44,16 M., in Kopenhagen 70,43 M., in Amsterdam 42,19 M., in Berlin 33,66 M. Maurer und Tischler verdienen in London wöchentlich 86 und 85 M., in Berlin 63 und 53 M. In Amerika, England, Schweden, Dänemark und Holland sind die Löhne also bedeutend höher als in Deutschland. Was bedeuten die 6 Proz. Sozialzuschlag zum deutschen Arbeitslohn, wenn man die hohen Löhne unserer Konkurrenzländer betrachtet? Ubrigens baut man überall die Sozialversicherung weiter aus, besonders in England.

Die Reparationszahlungen sind eigentlich das einzige, was die deutsche Wirtschaft wirklich schwächt. Das wissen die Unternehmer natürlich sehr gut. Aber sie versuchen, die Bevölkerung gegen die Arbeiterkraft einzunehmen, im besonderen gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften. Sozialabgaben und Steuern fließen wieder in die Wirtschaft zurück. Aber die Reparationsabgaben und die Kosten für die Einfuhr von Luxuswaren bedeuten für den Wirtschaftsprüfer Verluste, die durch Mehrarbeit ausgeglichen werden müssen. Wir müssen die landwirtschaftliche, industrielle und gewerbliche Produktion steigern und den Verbrauch von Luxuswaren durch Luxussteuern und den gerechtere Verteilung des Sozialprodukts verringern. Es hängt viel davon ab, wie weit es uns gelingt, unsere Wirtschaftsorganisation und unsere Wirtschaftskraft rationaler zu gestalten. Wir müssen dafür kämpfen, daß die sinnlose und empfindende Verschwendung in Wirtschaft und Gesellschaft aufhört.

Rationalisierung

Der Begriff der Rationalisierung ist heute in aller Mund. Zur Erklärung dieser besonderen Beachtung, die heute die Rationalisierungsvorgänge, sowohl bei der Wissenschaft wie bei den großen Massen gefunden haben, können verschiedene Gründe angeführt werden. Wir haben heute im Einklang mit der Beschleunigung der Infektions- und Kriegsjahre nachzuholen, die mit ihrer leichten Gewissmöglichkeit die Durchführung des technischen Fortschritts weitgehend verhinderten. Daneben aber müssen auch gewisse Begleitumstände herangezogen werden, die mit der Rationalisierung verknüpft waren, wie z. B. die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Wichtig und wesentlich erscheint uns vor allem, auch auf die Rationalisierung jenen erstmalig von Marx mit aller Schärfe und Deutlichkeit betonten Grundgedanken anzuwenden, nicht schiefstehenden von den wirtschaftlichen Erscheinungen zu sprechen, sondern immer nur in bezug auf das jeweilige Wirtschaftssystem, in dessen Rahmen sie zur Durchführung gelangen. Dann wird es sich nämlich zeigen, daß die kapitalistische Rationalisierung, die wir heute haben, notwendig etwas gänzlich anderes sein muß als eine sozialistische Rationalisierung, die in einer von ganz anderen Grundgedanken ge-

leitetem sozialistischen Versorgungswirtschaft sich abspielen würde.

Diesen Gedanken herausgeschält zu haben, ist das Verdienst eines soeben erschienenen Buches von Professor Ermann: „Theorie und Praxis der Rationalisierung“, das in drei größeren Bänden erscheinen soll. Wenn auch der gegenwärtig noch allein vorliegende erste Band mehr die technische Seite der Rationalisierung, ihr äußeres Erscheinungsbild im Fabrikbetriebe behandelt, so werden doch die zwei folgenden Bände, die die Probleme einer rationalen Ausnutzung und Ausnutzung der Arbeitskräfte, einer rationellen Kontrolle und Verwaltung zum Gegenstand haben, reichliche Gelegenheit bieten, auch diese zweite und sicherlich nicht unwesentliche Seite der Rationalisierung zur Darstellung zu bringen. Gerade dann wird eine eingehende Beschäftigung mit den Rationalisierungsvorgängen die Wichtigkeit der Marx'schen Ansicht beweisen, daß der Kapitalismus in seiner Entwicklung in zunehmendem Maße ein Hemmnis für die Entfaltung der Produktivkräfte sein würde. War einst der Kapitalismus gegenüber der vorausgehenden feudalkapitalistischen Wirtschaftsepoche die rationellere Wirtschaftsweise, die eine gewaltige Ausweitung der Produktivität menschlicher Arbeit brachte, so hat heute die kapitalistische Entwicklung längst einen Punkt erreicht, wo es ihr nicht mehr gelingt, die neu auftretenden Produktivkräfte zu meistern und so ihrer besten Ausnutzung gelangen zu lassen. Damit ist aber nicht ein einzelnes Teilstück des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaues in Frage gestellt, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst, das nun nicht mehr als die rationelle Form der Wirtschaft erscheint, die das beste Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg gewährleistet. Gerade die Beschäftigung mit den Rationalisierungsfragen zeigt, wie mehr und mehr der Kapitalismus in einer Sackgasse sich festfährt, aus der es weder ein Vor noch ein Zurück gibt, sondern aus der der einzige Ausweg die Überwindung des Wirtschaftssystems als solchen und seine Überführung in eine sozialistische Wirtschaft sein wird.

Worauf war bisher die kapitalistische Entwicklung eingestellt gewesen? Es war dem Kapitalismus gelungen, die industrielle Produktion auf eine bisher noch nie erreichte Höhe zu bringen, eine gewaltige Vergrößerung der Produktmenge herbeizuführen. Der Kapitalismus war gerichtet auf die Erzielung einer Höchstmenge an Produkten, ohne zugleich auch die bestmögliche Versorgung zu gewährleisten. Vielmehr mußte die Wirtschaftlichkeit in nicht zu verkennender Deutlichkeit immer wieder das Aufsehen erregen, daß die beiden Tatbestände feststellen, besonders in den Zeiten der Krise, wo das Mißverhältnis zwischen Produktivkraft und Verbrauchskraft offensichtlich zutage trat und zu gewaltiger Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte führte. Dieser innere Widerspruch, der tief im Wesen des Kapitalismus verankert liegt, wird niemals den Kapitalismus in die Lage versetzen, die Rationalisierung voll zur Durchföhrung zu bringen. Kapitalistische Rationalisierung wird immer Teilrationalisierung bleiben, wird im besten Falle die technische Seite der Rationalisierung zur Durchföhrung bringen, niemals aber die sozialwirtschaftliche Seite der Rationalisierung, da diese ja die Erhebung der Planlosigkeit und Anarchie einer kapitalistischen Betriebswirtschaft durch eine sozialistische Plan- und Versorgungswirtschaft bedeutet. Wie sehr der Kapitalismus unfähig ist, die sozialwirtschaftliche Seite der Rationalisierung in Angriff zu nehmen, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß aus im Wesen des Kapitalismus liegenden Gründen die rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft ihm unmöglich ist. Auch hier ist sein Bestreben gerichtet auf die maximale Auspressung der Arbeitenden, nicht auf die optimale (beste) Ausnutzung der Arbeitskraft. Da der Kapitalismus den Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt durch Abschluß eines Arbeitsvertrages anwirbt, ihm also die Beschaffung der Arbeitskraft selbst nichts kostet, kümmert ihn der vorzeitige Verschleiß der Arbeitskraft durch frühzeitiges Altern, durch Gesundheitschädigung und schnelles Verbrauchwerden infolge allzu großer Arbeitsintensität herzlich wenig. Der einzelne kapitalistische Betrieb kann sich sogar hierum nicht kümmern, selbst wenn er die großen volkswirtschaftlichen Schäden einer solchen Raubwirtschaft an der Arbeitskraft einsehen würde, da die Konkurrenz der Betriebe untereinander jeden einzelnen zur rückwärtslosen Ausnutzung und Bewertung sämtlicher Produktionsfaktoren zwingt. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sich der Konkurrenzkampf der einzelnen Betriebe immer mehr in einem Kampf von Unternehmungsorganisationen, von großmächtigen Trusts und Kongernen abspielt. Im Gegenteil hat die Entwicklung zum Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus die Wiberprüfung dieses Wirtschaftssystems vielfach noch verschärft, indem man zu künstlicher Produktionsbeschränkung überging, um die Preise hochzuhalten. Durch Stöuderkonkurrenz im Ausland (Dumping) wurde dieser Erscheinung der Abwertung der Inlandspreise das Gegenbild geboten, das den aller wirklichen Rationalisierung entgegenstehenden Charakter des kapitalistischen Wirtschaftssystems nur noch deutlicher zum Ausdruck bringt.

Wenn so auch im Kapitalismus die Rationalisierung Stückwerk bleiben muß, nur Rationalisierung der Betriebe, nicht Rationalisierung der Wirtschaft darstellt, und vielfach sogar gegen die Arbeiter sich auswirkt, indem sie ihnen übermäßige Intensivierung der Arbeit, gesteigerte Arbeitslosigkeit und damit Bedrohung ihres Lebensniveaus bringt, so müssen wir sie dennoch durchzuführen versuchen, da sonst die überlegene Konkurrenz der andern Wirtschafts-

länder, die nicht vor dem technischen Fortschritt zurückschreden, uns erhaltungslas überflügeln und damit den inländischen Beschäftigungsgrad herabdrücken würde. Aber trotz ihres bruchstückhaften Charakters, den die kapitalistische Rationalisierung immer tragen wird, hat die Arbeiterchaft bereits gegenwärtig ihre Gegenmaßnahmen und Forderungen zu treffen. Da Rationalisierung Erziebigkeitssteigerung bedeutet, erwächst hieraus das Anrecht der Arbeiterchaft auf Anteil an der gemachten Produktionsmenge durch Lohn- und Gehaltssteigerungen, gleichgültig, ob in der Form der Erhöhung der nominalen Bezüge oder in der Form der Verbilligung der Produktpreise. Da Rationalisierung weiter die Möglichkeit bedeutet, mit geringerer Arbeitszeit die gleichen Produktmengen herzustellen, ergibt sich hieraus in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit unmittelbar die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeiten. Die Rationalisierung ist heute zu einer neuen Front des Klassenkampfes der Arbeiterchaft um Aufstieg und wachsenden Anteil am volkswirtschaftlichen Gesamtprodukt geworden. Es heißt, durch politischen und gewerkschaftlichen Kampf bereits heute auf eine Synthese zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Menschenökonomie hinzuwirken, die sachlichen Produktionsfaktoren ohne Verzicht auf dem günstigsten Wirkungsrang auszuwerten und trotzdem den Menschen, den wertvollsten Produktionsfaktor in der Wirtschaft, nicht zugrunde gehen zu lassen.

Korrespondenzen

Berlin. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Generalversammlung am 13. Dezember gedachte Kollege Ubrecht zunächst des vor wenigen Tagen verstorbenen ersten Verbandsvorsitzenden Kollegen Joseph Selb. In einem von allen Kollegen tiefempfundenen Nachruf wurden die Arbeit und die Verdienste des Verstorbenen um den Verband gewürdigt. Der schwere Verlust, den die Organisation betroffen, betrifft auch den Gau Berlin. In Joseph Selb haben wir nicht nur unsern großen geistigen Führer, sondern auch einen edlen, guten und liebevollen Menschen verloren, der von allen, die ihn kannten, stets gern gesehen war, und selbst seine härtesten Gegner können ihm die gebührende Achtung nicht verlagen. Die Berliner Kollegenchaft wird Kollegen Selb ein ehrendes Andenken bewahren. In gleicher Weise gedachte Kollege Ubrecht des verstorbenen Kollegen Georg Bösch, der als langjähriges Gauvorsitzandsmitglied in anerkennenswerter und hervorragender Arbeit die Interessen der Berliner Kollegenchaft vertrat. Auch ihm wird die Berliner Mitgliedschaft ein ehrendes Andenken bewahren. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Braun den Jahresbericht. Er führte aus: Das Geschäftsjahr weiche, was die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit betreffe, wesentlich vom Vorjahre ab. Der Mitgliederzuwachs betrug in diesem Jahre 839 (im Vorjahre 405). Bei der Arbeitslosigkeit liegt das Verhältnis umgekehrt. In der letzten Novemberwoche hatten wir 978 (im Vorjahre 224) konditionslose Kollegen. Der niedrigste Arbeitslosenstand war am 12. Mai mit 179, der höchste am 27. Oktober mit 1075 Arbeitslosen zu verzeichnen. Die höchste Vermittlungsziffer wurde im Februar mit 357 (im Vorjahre 381) erreicht. Trotz der großen Arbeitslosigkeit hat Berlin immer noch einen übermäßigen Zugang von auswärtigen Kollegen. Die Zureisebestimmungen werden von den auswärtigen Kollegen nicht beachtet, und die wiederholte Verweigerung der Einreiseerlaubnis hat schon zu vielfachen Differenzen geführt. Eine in den letzten Tagen erfolgte Aussprache hierüber mit dem Verbandsvorstand hat diese Mißere auch nicht beseitigen können. Von den Betriebsräten wurde Klage geführt, daß die arbeitslosen Kollegen auf Anforderung vom Nachweis ihrer vermittelten Stellen nicht antworten und die Personale dadurch zu Überstunden gezwungen wurden. Den Druckerkollegen wäre sehr zu empfehlen, sich noch mehr als bisher mit der Bedeutung von Spezialanfragen vertraut zu machen. Der Mittelberichtsbericht betrug am 1. Dezember 1928: 15 150 (im Vorjahre 14 311). Zu bedauern ist die teilweise mangelhafte und verögerte Ausfüllung unserer Statistiken, wodurch dem Vorstand die Arbeit wesentlich erschwert wird. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 76 Vorstandssitzungen, zu 851 Sitzungen und Versammlungen mußten außerdem Vorstandsmitglieder delegiert werden. In ausführlicher Weise behandelte Braun nunmehr den Fall Peterson, der sich über den Bericht von der letzten Generalversammlung beschwert hatte. Braun wies nach, daß seine Ausführungen richtig und die Berichterstattung im „Korr.“ korrekt war. Die Arbeiten des Vorstandes nehmen durch die Vertretungen in den verschiedensten Körperchaften immer größeren Umfang an. Es sei daher erwünscht, daß die Kollegen sich mit Auskünften und Versammlungen, zu denen Vorstandsmitglieder benötigt werden, etwas mehr einschränken und nur bei wichtigen Dingen den Gauvorstand in Anspruch nehmen. Im Berichtsjahre wurden vier Generalversammlungen und neunmal Bezirksversammlungen abgehalten, die im Durchschnitt nur mittelmäßig besucht waren. Die in den Bezirken angenommene Entscheidung gegen den Raub der Ambulatore ist an das Versicherungsamt weitergeleitet und zurzeit Gegenstand eines Streitverfahrens vor den Versicherungsbehörden. Außerdem fanden je eine Unfallvertrauensleute-, eine Betriebsräte- und eine Druckereifachtagung statt. In mehreren Sitzungen und Versammlungen mußte sich der Vorstand mit den Kollegen beschäftigen, die am 1. Mai gearbeitet hatten. Die durch Vorstandsbefehl hierfür auferlegte Buße ist nach anfänglicher Weigerung doch von dem größten Teil dieser Kollegen gezahlt worden, bis auf 12 Kollegen. Die Namen der 12 Kollegen wurden bekanntgegeben. Der Vorstandsbefehl, wonach diesen Kollegen innerhalb eines Jahres jede Tätigkeit als Funktionär abgepfunden wird und die Kollegen für sich oder ihre Angehörigen für dieselbe Zeit auf keinerlei Extrazustellungen rechnen können, wurde

von der Versammlung ohne Widerspruch gutgeheißen. 17 Kollegen wurde eine Buße auferlegt, weil sie am 1. April nicht mit gefälligst hatten. Ein Kollege erklärte deswegen seinen Austritt, die übrigen kamen ihren Verpflichtungen nach. Braun behandelte Johann die Einstellung der Prinzipale bei der Forderung unserer Kollegen auf Lohnsteigerung. Unter Strafandrohung werden die Prinzipale gebunden, keinerlei Lohnzulagen über einen von ihnen festgelegten Satz zu gewähren, auch sogenannte verschleierte Zulagen in Form von Mißlo, Kohlen- oder auch Platzzulagen sind bei Strafe von 1000 M. für jeden Übertretungsfall verboten. Hierzu gesteht sich der Beschluß der restlosen Ausnutzung der Lehrlingskala, der schon zu wiederholten Übergriffen geführt und zum Einschreiten unsererits Veranlassung gegeben hat. Demgegenüber kann festgelegt werden, daß unsere Lehrlingsabteilung einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat. Die Versammlungen und Veranstaltungen waren gut besucht und die Arbeit des Lehringauschusses kann nur Anerkennung finden. Die Lehringabteilung zählt zurzeit 2105 Mitglieder. Eine sehr große Arbeit ist dem Vorstand durch die Aufgaben des Fachauschusses zugewiesen, die den Kollegen in den Bezirken bekanntzugeben sind. Die Zusammenarbeit mit den Sparten kann auf gezeichnet werden. Erwähnung fand die Maschin-Gesellschaft in Leutenberg, wobei dem Stereotypverein für die gestiftete Maschin-Blattete Dank ausgesprochen wurde. Die Einstellung der Spartenbeiträge durch den Gau hat sich bewährt, ab 1. Januar werden auch die Beiträge unserer „Typographia“ mit eingezogen. Für die Einlicht und die musterzügliche Dtpistin, die die Berliner Kollegenchaft bei den letzten Lohnverhandlungen bewiesen hat, sprach Braun seine besondere Anerkennung aus. Es steht heute fest, daß wir durch vertriebsweise Verhandlungen mehr erreicht haben, als uns der verbesserte Schiedspruch hätte bringen können, trotz der strengen Maßnahmen der Prinzipale gegen jede Lohnsteigerung. Zum Kampf in Nordwestdeutschland wünschte Braun, daß es nicht noch einmal eine Regierung wagt, aus rein politischen Gründen eine solche Rechtsbeugung vorzunehmen oder das Ende der Schlichtungspraxis festzugeben. Das Jahr 1929 wird ein Kampfjahr aber auch ein Arbeitsjahr werden. Vor uns stehen die Lohnverhandlungen und der Verbandstag in Frankfurt. Mögen diese bedeutungsvollen Momente eine einige und geschlossene Kollegenchaft vorfinden. Erhält der Vorstand das bendend anerkannte Vertrauen auch im neuen Jahre, dann brauche der Kollegenchaft vor der Zukunft nicht bange zu sein. Hierauf gab Kollege Schieffler den Bericht von der Gauvorsichterkonferenz. Redner erläuterte alle dort behandelten Fragen und gab die hierzu gefassten Beschlüsse bekannt. In der Unterföhrungsfrage mußte Berlin mit der Aufhebung des Zulafusses zum Krankengeld rechnen. Bezüglich der Orts- und Zusatzunterföhrung sollen für Berlin Ausnahmebestimmungen geschaffen werden. Die Kündigung des Manteltarifs hat die Konferenz mit 86 zu 16 Stimmen abgelehnt, dafür soll das Hauptgewicht auf die Lohnverhandlungen gelegt werden. In der Diskussion wandte sich Kollege Senz gegen die Ausführungen Brauns und nahm den Kollegen Peterson in Schutz. Der schlechte Besuch der Bezirksversammlungen sei auf die oft mangelhaften Referate zurückzuführen. Brauns Ausführungen zum Kampfspruch begegnete er mit Mißtrauen. Die Gründe für die Nichtkündigung des Manteltarifs wären an den Haaren herbeigezogen. Kollege Piesch beauerete aufs lebhafteste den Beschluß, den Manteltarif nicht zu kündigen. Zweifellos sind die Gründe, die für die Ablehnung der Kündigung angeführt wurden, von nicht untergeordneter Bedeutung. Aber bedeutungsvoller erscheinen ihm dennoch die Fragen, die gerade von Berlin aus für die Kündigung des Manteltarifs ins Feld geführt wurden. An der Spitze der Forderungen, die für die Kündigung sprechen, steht die Wiedererringung des Achtstundentages. Die heutigen Bestimmungen der Arbeitsfrage im Tarif machen den vom „Korr.“ nach den Tarifverhandlungen als wiedererrungenen Achtstundentag geriebenen Erfolg zur Farce. Wenn in der Gauvorsichterkonferenz 16 Stimmen für die Kündigung waren, so hätte das für den Verbandsvorstand Veranlassung sein sollen, über diese Frage die Abstimmung vorzunehmen. Redner empfiehlt deshalb, von diesem Rechte nach dem Verbandsstatut Gebrauch zu machen und den Gauvorstand zu beauftragen, auf Grund des § 27d des Verbandsstatuts die Abstimmung zu beantragen. Kollege Mahlo sprach sich für den Antrag Piesch aus und wandte sich gegen die Einstellung des letzteren sowie des Kollegen Schieffler in der Frage der Maschinenseker zu den Handgebern. Die auf der Konferenz erhobenen Vorwürfe gegen die Berliner Maschinenseker wegen ihrer Einstellung zur Fernhaltung von Zugeristen waren unberechtigt und in dem angeführten Umfang nicht nachweisbar. Es muß doch auch anerkannt werden, daß die Kollegen von auswärtig in sehr vielen Fällen in Berlin als Lohndrücker gewirkt haben. Die Unterföhrungsfrage sei für den Vorstand des Brandenburgischen Maschinensekervereins keine Frage, da der Vorstand mit dieser Unterföhrung nichts zu tun hat und sie auch nicht verhindern kann. Kollege Schieffler erklärte sich mit den Ausführungen Pieschs ebenfalls einverstanden und sprach dem Vorstand das Vertrauen aus. Kollege Baake wandte sich in längerer, oft nicht zur Sache gehörenden Ausführungen gegen Braun. Der Antrag Piesch sei nicht ehrlich gemeint und könne nur als Ablehnungsantrag angesehen werden. Nach wiederholten, nicht zur Sache gehörenden Ausführungen verlangte die Versammlung das Abtreten des Kollegen Baake vom Rednerpult, was dieser dann auch tat. In seinem Schlusswort stellt Braun fest, daß die Kritik eine gute war und den Vorstand befriedige. Auf die letzten Lohnverhandlungen sei er deswegen nicht näher eingegangen, weil dies in den Bezirken ausführlich geschehen sei. Kollege Schieffler wandte sich gegen Mahlo, der vor dem Verbandsvorstand doch versprochen habe, sich gegen die illegale Unterföhrung bei den Maschinensekern einzusetzen. Redner wandte sich dann gegen Baake, der die Wirtschaftsdemokratie als ein Novum bezeichnete. Der Antrag Piesch empfahl Schieffler abzulehnen. Der Weg sei nach der Einstellung der Gauvorsichterkonferenz nicht gangbar

und technisch auch nicht durchführbar. Er wünschte Aufrechterhaltung der Einigkeit auch mit unsern Führern in der Gauvorsteherkonferenz. Der Antrag Pisch wurde hierauf gegen wenige Stimmen angenommen. Der Antrag Schulze, der dem Vorstand das Vertrauen ausspricht, wurde gegen acht kommunistische Stimmen angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beschlussfassung über die Anträge auf Abänderung des Gaustatuts“, begründete Kollege Weichrodt sämtliche Abänderungsanträge der Opposition, deren Ablehnung auf Antrag des Vorstandes durch Kollegen Pisch und Schulze bewirkt wurde. Lediglich einige Anträge, die demgemäß den Fortfall der vier Schriftführer wünschten, die in Zukunft aus den Reihen des Vorstandes von diesem hierzu bestimmt werden sollen, waren vom Kollegen Schulze gestellt und wurden vom Vorstand zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung sämtlicher Anträge der Opposition und die Annahme derjenigen des Kollegen Schulze. Hierauf wurde unter Punkt 3 die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Die Vorsitzenden Braun und Albrecht wurden gegen fünf kommunistische Stimmen wiedergewählt. Als Kassierer wurde Schleffer einstimmig wiedergewählt. Während dieser Wahl verließen die Kollegen der Opposition den Saal. Zur Wahl der Sekretäre führte Kollege Albrecht aus, daß Kollege Wustfall immer noch krank sei und wahrscheinlich am 1. Januar in den Invalidenstand treten werde. An seine Stelle schlug der Vorstand den Kollegen Borch als Sekretär vor. Die Arbeiten im engeren Vorstand haben sich aber derartig gehäuft, daß sie von den Vorstandskollegen nicht mehr ohne beträchtliche Überarbeit bewältigt werden können. Der Gauvorstand ist nach eingehender Prüfung deshhalb zur Überzeugung gekommen, daß die Anstellung eines dritten Sekretärs im Interesse der Organisation eine Notwendigkeit geworden ist und schlägt hierfür den Kollegen Pisch vor. Kollege Schulze erkennt die Notwendigkeit des dritten Sekretärs an und unterstützt die Vorstandsvorschläge. Hierauf wurden die Kollegen Buhles, Borch und Pisch einstimmig zu Sekretären gewählt. Kollege Schulze wünschte aber, daß bei obermaliger Besetzung eines Sekretärpostens unbedingt ein Drucker in Betracht gezogen werden soll. Die Revisions-, Bibliotheks- und Vergütungskommission wurden in alter Besetzung wiedergewählt. Die gewählten Bezirksleiter wurden bestätigt. An Stelle des ausscheidenden Kollegen Klapp tritt Kollege Bierath. Bei den Spartenvertretern tritt Kollege Richter zurück, die Handseher vertritt Kollege Pisch. Die Spartenvertreter und die Vereinsangestellten wurden ebenfalls bestätigt. Die Remunerationen wurden in der Höhe des Vorjahres bewilligt. Kollege Braun dankte für das Vertrauen, das dem Vorstand durch die Wiederwahl ausgesprochen wurde. Den ausscheidenden Vorstandskollegen sprach Braun ebenfalls für ihre Tätigkeit im Vorstand den Dank aus. Für folgende Extrakterstützungen erteilte die Generalversammlung nachträglich die Genehmigung: Manneier: 135 Arbeitslose und 35 Invaliden 850 M., Johannisseit: 247 Arbeitslose und 439 Invaliden 3430 M., Stiftungsseit: 634 Arbeitslose und 463 Invaliden 5485 M., 136 Witwen 2100 M. Der Vorstand empfiehlt auch in diesem Jahre, den Arbeitslosen und Invaliden zum Weihnachtsest eine Extrakterstützung zu gewähren. Es sollen erhalten Arbeitslose, soweit sie nicht bezugsberechtigt sind oder noch keine 150 Beiträge geleistet haben: 10 M., Ausgefahrene und Kollegen mit mehr als 150 Beiträgen sollen 15 M. erhalten. Kollege Rose schlug vor, die Sätze für die Arbeitslosen um je 5 M. zu erhöhen. Der Antrag Rose wurde angenommen. Der Vorstand der Ortsgruppe des Bildungsverbandes stellte den Antrag, für die im Winterhalbjahr stattfindenden Kurse 2000 M. und für jeden teilnehmenden Lehrling 2 M. als Zuschuß zu bewilligen. Die Ortsgruppe beantragte ferner, zur Beschaffung eines Sichtbildapparates die Summe von 2500 M. zu bewilligen. Beide

Anträge wurden angenommen. Mit dem Wunsch auf „Fröhliche Weihnachten“ und ein gesundes Neujahr fand die sehr stark besuchte Versammlung ihr Ende.

Bremen. Die Hauptversammlung unseres Bezirksvereins wurde am 16. Dezember im Saale des Parteihauses abgehalten. Bezirksvorsitzender Görtz gedachte in besonderer Weise der Verdienste unseres so pflüchig verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Seif, der es verstanden habe, durch seinen Weitsicht die Organisation auf der schimmlichsten Zeit der Inflation hinüberzuleiten, so daß diese wieder in voller Schlichtkraft daheist. Nach schwerer Krankheit verlor der Bezirksverein wiederum einen seiner tüchtigsten Mitstreiter, den Kollegen Wilhelm Wolke. Lange Jahre war der Bestrebende in den Vorständen tätig und hat sich um die Gewerkschafts- sowie für die Arbeiterbewegung im allgemeinen sehr verdient gemacht. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Nach Eröffnung des Jahresberichts des Vorsitzenden fanden die Vorstandswahlen baldige Erledigung. Die Versammlung sprach dem bisherigen Vorstand das Vertrauen aus und dieser wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Hierauf erstattete Gauvorsteher Fischer einen eingehenden Bericht von der Gauvorsteherkonferenz, in dem Redner die markantesten Punkte besonders hervorhob. Nach kurzer Aussprache erklärte sich die Versammlung mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden. Eine lebhafte Debatte löste wieder der Volkshausneubau aus. Hierbei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegen sich mit der Tätigkeit des Vorstandes des Ortsauschusses in mancher Beziehung nicht einverstanden erklären können. Unter „Verhiebenem“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erörtert.

K. Duisburg. „Gewerbliche Vergiftungen“, ein Lichtbildvortrag, gehalten von Herrn Landesmedizinalrat Dr. Könsberg (Duisburg), war der Hauptpunkt der Tagesordnung unserer Versammlung am 15. Dezember. An Hand zahlreicher Lichtbilder zeigte der Referent die unheilvollen gesundheitlichen Schäden der durch Gase in die Unfallversicherung aufgenommenen Berufskrankheiten, und fand eine aufmerksamere Zuhörerarbeit. Der Vortrag — etwas reichlich mit schwer verständlichem Medizinergelehrten durchwürzt und in bezug auf die Berufskrankheiten im Buchdruckgewerbe nicht ausführlich genug — wurde beifällig aufgenommen. Dann ging man zur eigentlichen Tagesordnung über. In ehrenden Worten gedachte Vorsitzender Fette zunächst des zu früh von uns geschiedenen ersten Verbandsvorsitzenden Joseph Seif, sein Leben und Wirken für die Organisation aufzeichnend. Das Andenken dieses allverehrten Führers wurde in der üblichen Weise geehrt. Das vom Vorstand bekanntgegebene „Geschäftliche“ wurde ohne größere Aussprache zur Kenntnis genommen und erledigt. Auf Antrag des Vorstandes wurde einstimmig beschlossen, anlässlich des Weihnachtsestes den bezugsberechtigten Arbeitslosen, Invaliden und Witwen von im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen folgendes Geschenk aus der Ortsvereinstafel zu gewähren: den Arbeitslosen und Invaliden je 10 M., den Witwen je 20 M. Aufgenommen wurde ein Kollege.

M. Düsseldorf. Unser Versammlung am 15. Dezember ging eine Gedächtnisfeier für den Kollegen Seif voraus, in welcher Kollege Graef die Gedächtnisrede hielt, der in tiefempfundener Weise unseres toten Führers gedachte und seine Verdienste um die Organisation feierte. Die Feier wurde umrahmt von zwei Liedern des Gesangsvereins „Gutenberg“. Die im Anschluß hieran stattfindende Versammlung gedachte ebenfalls ehrend des verstorbenen Kollegen Ludwig Wolf, der, mehr als 25 Jahre dem Verbands angehörig, zur selben Stunde, wo unser Kollege Seif von uns ging, auf dem Wege zur Arbeitsstätte von einem Herzschock betroffen wurde. Neben einer Reihe lokaler Angelegenheiten befaßte sich die Versammlung mit einem Vorstandsantrag auf Weihnachtserstützungen aus der Ortskasse. Einstimmig wurde beschlossen, an Witwen

verstorbenen Kollegen 20 M., für jedes Kind unter 14 Jahren 10 M., bezugsberechtigte Arbeitslose, sofern sie in der Weihnachtswoche arbeitslos sind, 10 M., ausgefallene 20 M., bei mehr als vier Wochen Arbeitslosigkeit bezugsberechtigte 20 M., Ausgefahrene 40 M., Invaliden 20 M., aus der Krankenkasse ausgestellte Kranke ebenfalls 20 M. auszugeben. Die Abstimmung der Kandidaten zur Wahl des Vorstandes am ersten Sonnabend und Sonntag im Januar ergab gegenüber der bisherigen Besetzung der Vorstandsämter fast keine Veränderung.

Essenwalde. (Wirtschaftsberichter.) In unserer Oktoberversammlung hatten wir die Freude, unsern früheren langjährigen Gauvorsteher Paul Hannaf (Berlin) in unserer Mitte zu sehen. Nach Ehrengesängen Sublars für 25jährige Mitgliedschaft hielt Kollege Hannaf einen Vortrag: „Wirtschaftliche Rück- und Ausblicke“, der beifällige Aufnahme bei den zahlreich erschienenen Kollegen und deren Damen fand. Ein gemüthliches Beisammensein mit Tanz schloß sich dieser Versammlung an. — Die Novemberversammlung brachte uns ein vorzügliches Referat des Vorsitzenden der Berliner Handsehervereingung, Kollegen Pisch: „Warum Handseherpartie?“ Leider waren die Handseherkollegen nicht in der Zahl vertreten, wie erwartet werden konnte. Eine Kommission wurde gewählt, die die Gründung einer Handseherpartie vorbereiten soll. Zur Erlangung eines Entwurfes für ein Wählerverzeichnis für unsere Ortsvereinsbibliothek wird ein Wettbewerb ausgeschrieben. Ein entsprechender Betrag für Preise wurde bereitgestellt. — Am 2. Dezember stief im „Union-Theater“ der Werksfilm der Bauereisen-Gesellschaft in Frankfurt a. M.: „Wie ein Druckbuchstabe entsteht“. Auch diese Veranstaltung erfreute sich eines regen Interesses der Kollegen. — Die Versammlung am 15. Dezember war wieder gut besucht. Des Ablebens unseres verstorbenen Führers Joseph Seif wurde in ehrender Weise gedacht. Die Berichtserstattung über die Tagung der Unterauschnisse des Obergaues im Handwerksammerbezirk Berlin teilten sich die Kollegen Geseh und Dillipp. Eine rege Aussprache schloß sich diesen Berichten an. Als erfreulicher Fortschritt wurde die Einführung der Lehrlingsordnung in unserm Bezirk begrüßt, wenn auch Stimmen laut wurden, die an der Lehrlingsordnung manches aussetzen hatten. Einhellig wurde das Ausbilden der Lehrlinge an der Sehmashine kritisiert, bedeute es doch für die meisten Lehrlinge nur unnütze Zeiterverschwendung. Kollege Wiesel sprach hierauf über das Unterhaltungsweisen im Verbands und die vom Verbandsvorstand gemachten Vorschläge zu dessen Neuregelung. Die Versammlung war einstimmig für eine Erhöhung der Invalidenunterstützung; ebenso für eine tragbare Erhöhung des Beitrags für diesen Zweck. Aus Anlaß des Weihnachtsestes wurden die Zuwendungen für durchreisende Kollegen erhöht; desgleichen ein Betrag für eine Kollegenwitwe bewilligt. Die Grabstätte eines verstorbenen Kollegen, der sich um den Ortsverein verdient gemacht hat, soll in würdiger Weise hergerichtet werden. Im Anschluß an diese Versammlung wurde die Gründung einer Handseherpartie vollzogen. Vorsitzender wurde Kollege Köhlin. 25 Kollegen traten sofort der Vereinigung bei. Wäre die neue Spartenegründung zu einer Zusammenfassung aller Kräfte führen, zum Wohle unseres Ortsvereins und des Verbandes.

Elbing. In unserer Versammlung am 8. Dezember stand im Zeichen der Trauer. Galt es doch, an diesem Tage im gesamten Kollegenterteil unseres wackern Führers, des Kollegen Joseph Seif, in stiller Weise zu gedenken. Vorsitzender Tschubert dem so früh aus seinem Schaffenskreis Geschiedenen kurze Worte der Anerkennung und des Mitgeföhls an seinem Scheiden. Die Versammlung ehrte unsern Führer durch Erheben von den Plätzen. Nach Erstattung des Jahresberichts, aus dem eine erfreuliche Tätigkeit innerhalb des Ortsauschusses Elbing ersichtlich war, gab der Vorsitzende einen Rückblick über das vergangene Jahr. Bei den sich anschließenden Vorstandswahlen

Lessings 200. Geburtstag

am 22. Januar

Was ist es, das uns Lessing so nahe gebracht hat? Was wissen wir im allgemeinen überhaupt von diesem Dichter? Legen wir, heutigen uns diese Fragen ernsthaft vor, dann müssen wir leider bekennen, daß es nur sehr wenig ist, was wir von diesem Großen wissen, und vielleicht wird mancher von uns schüchtern gestehen, daß er Lessings „Nathan“ auf der Bühne gesehen habe, wodurch er diesen Dichter liebgewann, der von sich selber sagte: „Ich bin weder Schauspieler noch Dichter. Man erweist mir zwar manchmal die Ehre, mich für den letzteren zu erkennen. Aber nur, weil man mich verkennt. Aus einigen dramatischen Versuchen, die ich gewagt habe, sollte man nicht so freigebig folgern. Nicht jeder, der den Pinsel in die Hand nimmt und Farben verqu coast, ist ein Maler.“ Als Lessing dieses Urteil über sich fällte, war er etwa vierzig Jahre alt; sein „Nathan“ war noch nicht geschrieben; er kam erst rund zehn Jahre später heraus. Aber seine „Minna von Barnheim“ war damals bereits aufgeführt, und zwar in Hamburg, wo Lessing sich von 1767 bis 1770 aufhielt und seine „Hamburgische Dramaturgie“ schrieb, die viel Beachtung fand. Zur Drucklegung dieser kritischen Wochenschrift hat Lessing einen großen Teil seiner Bibliothek opfern müssen; mit dem Buchdrucker Bode gemeinsam hatte er die Druckerei inne, die aber im Februar 1769 ihre Tätigkeit einstellen mußte und Lessing nicht nur den erhofften Gewinn nicht brachte, sondern ihm eine Schuldenlast hinterließ, woran er noch lange Jahre nachher zu tragen hatte. Besonders vom Glück begünstigt ist Lessing eigentlich niemals gewesen. Stets hatte er mit Sorgen und andern Widerwärtigkeiten zu kämpfen.

Schon seine Geburt am 22. Januar 1729 zu Ramenz als zweites Kind eines sächsischen Pastors mit später zahlreicher Familie, insgesamt zwölf Kindern, war kein Glücks-

umstand. Zimmerhinz konnte ihn der Vater in die heimische Lateinschule und später auch die sächsische Fürstenschule St. Afra in Meissen schicken, wo er fünf Jahre verlebte und fleißig lernte, allerdings wegen seiner Eigenwilligkeit auch oft getadelt wurde; es mangelte ihm an Respekt vor seinen Lehrern, ein Charakterzug, der andern „Autoritäten“ gegenüber im späteren Leben noch oft gutate trat. Daß Lessing auf die Fürstenschule kam und dort eine Freistelle erhielt, verdankte er einem Gönner von Carlowitz, dem er seine erste poetische Arbeit widmete. Im allgemeinen aber hielt er sich von der Poesie noch fern und widmete sich lieber den Naturwissenschaften. Er wollte kein Poet, sondern ein Gelehrter werden. Und was ist er geworden? Lassen wir Heinrich Heine sprechen: „Gleich dem Luther wirkte Lessing nicht nur, indem er etwas Bestimmtes tat, sondern indem er das deutsche Volk bis in seine Tiefen aufregte, und indem er eine heilsame Geistesbewegung hervorbrachte, durch seine Kritik, durch seine Polemik. Er war die lebendige Kritik seiner Zeit, und sein ganzes Leben war Polemik. Diese Kritik machte sich geltend im weitesten Bereiche des Gedankens und des Geföhls, in der Religion, in der Wissenschaft, in der Kunst. Diese Polemik überwand jeden Gegner und erlarkte nach jedem Siege. Lessing, wie er selbst eingestand, bedurfte eben des Kampfes zu der eignen Geistesentwicklung. Er glied ganz jenem fabelhaften Normannen, der die Talente, Kenntnisse und Kräfte derjenigen Männer erbe, die er im Zweikampf erschlug, und in dieser Weise endlich mit allen möglichen Vorzügen und Vortrefflichkeiten begabt war.“

Seine weitere Ausbildung fand Lessing an den Universitäten in Leipzig und Wittenberg. Im Jahre 1748 finden wir ihn als Schriftsteller tätig in Berlin, 1751/52 in Wittenberg, 1755 bis 1758 in Leipzig und dann wieder bis 1760 in Berlin. In Leipzig sowohl wie in Wittenberg wollte er Medizin studieren, wenigstens schrieb er sich als Student der Medizin ein. Aber dieses Studium schien

ihn wenig zu fesseln. Da er in Leipzig mit dem Theater in nahe Berührung kam, so wandte er sich ganz andern Dingen zu. Als die berühmte Neuberin ihre Truppe aufstellte, leitete er für einige ihrer Mitglieder Büchergast und mußte infolgedessen die Hilfe seines Veters Mylius in Anspruch nehmen, der in Berlin Ende 1748 die Redaktion der vom Verleger Kribiger herausgegebenen Zeitung, die spätere „Vossische Zeitung“, übernahm, für die Lessing später schrieb, als auch er in Berlin weilte. Sein Aufenthalt in Wittenberg gestaltete sich für ihn auch nicht günstig. Mit Krankheit begann er und fluchtartig wurde er beendet.

Zwischen waren schon seine ersten literarischen Arbeiten anonym im Mehlerschen Verlag in Stuttgart erschienen. In Berlin arbeitete er nun äußerst fruchtbar. Seine Kritiken erregten Aufsehen, so daß ihm 1751 die Redaktion des „gelehrten“ Teiles der „Vossischen Zeitung“ anvertraut wurde. Neben seiner kritischen und gelehrten Tätigkeit vernachlässigte er seine poetische durchaus nicht. Seine berühmte gewordenen Fabeln erschienen 1759; von 1753 bis 1755 waren sechs Teile seiner „Schriften“ herausgegeben worden; das 1749 entstandene Lustspiel „Die Juden“ und das 1750 beendete „Der Schatz“ sowie das bürgerliche Schauspiel „Mit Sara Sampson“ waren darin enthalten neben vielen andern, das ihn in Ansehen gebracht hatte. Dazwischen war er wieder einmal einige Zeit in Leipzig gewesen, wo er Reisebegleiter eines reichen Kaufmanns werden sollte, was infolge des Siebenjährigen Krieges aber nicht glückte. Er ging infolgedessen wieder nach Berlin, bearbeitete Logaus Sinngebichte, schrieb die „Literaturbriefe“ und dichtete seinen „Philotas“, ein Trauerspiel. 1760 nahm er eine Sekretärstelle beim General Tauentzien in Breslau an, die ihn einigermaßen der wirtschaftlichen Sorgen entth. Nach fünf Jahren gab er die Stellung auf und wandte sich wieder nach Berlin, wo er bis zum April 1767 blieb und sein Lustspiel „Minna

wurden u. a. gewählt als Vorsitzender Paul Thiel und als Kassierer B. Feldkeller. Die Posten der beiden Lehringenleiter wurden von den Kollegen E. Krafft und G. Lischow befehlt. Für die am Orte wohnenden fünf Witwen wurden nach alter Tradition wieder Weihnachtsgeldbescheide bewilligt. Für den einzigen am Ort befindlichen arbeitslosen Kollegen wurde eine Extrajahresbescheide einstimmig zugestimmt, die zu vollster Befriedigung ausfiel. Nach einer kurzen Debatte über die Lage im örtlichen Gewerbe verlas der Vorsitzende eine Einladung des Marienburger Ortsvereins zu seinem zehnjährigen Bestehen, der durch Delegation unseres Vorsitzenden Folge geleistet werden soll. Nach Erledigung einiger Anträge unter Punkt „Verschiedenes“ schloß der Vorsitzende die gute Besuche Versammlung mit den besten Wünschen zum Weihnachtsgeldbescheide und auch zum neuen Jahre. — Am 15. Dezember beging die hiesige Kollegenschaft ihre gut angelegte Weichselfeier. Selbige war veranstaltet von dem Ortsverein, Gesangverein, Bildungsverband, der Maschinensetzer, Drucker sowie Handsetzerpartie. Es war eine Feier, die allen in guter Erinnerung bleiben wird.

Esfurt. In unserer Jahreshauptversammlung am 18. Dezember gedachte Vorsitzender Stange zunächst ehrend der beiden um den Verband hochverdienten verstorbenen Kollegen Joseph Seig und Dito Teichmann (Naumburg), ihnen ein „Gut Nacht“ für erfolgreiche Arbeit! nachzusprechen. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser beiden Kollegen in üblicher Weise. Nach Verlesung des Jahresberichts vom November und der Erledigung zweier Ausnahmefälle gab unser Gauvorsitzer Wislaug einen Bericht von der Gauvorsitzenden- und Gauvorsitzendenkonferenz. Das einstimmige Referat löste eine kurze Aussprache aus, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß zu der Vorlage des Verbandsvorstandes erst Stellung genommen werden soll, wenn die übrigen zum Verbandsstag gestellten Anträge beraten werden. Darauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß im Berichtsjahr nach verschiedenen Richtungen hin wohl kleine Fortschritte zu verzeichnen sind, von einer Erfüllung der an das Jahr 1928 gestellten Erwartungen jedoch keine Rede sein könne. Das treffe in erster Linie auf die im Frühjahr gefälligen Lohnverhandlungen zu. Auch bei den Wahlen zu den Parlamenten habe man ein besseres Resultat erwartet. Das werde aber erst erreicht werden, wenn der Bruderkampf unter den Arbeitern aufhöre und jeder freigeschaffliche Arbeiter die Arbeiterpresse lese. Der Ortsverein habe zehn Mitgliederbesprechungen abgehalten, die insgesamt von 940 Kollegen besucht waren; das entspricht einem Prozentverhältnis von nur 23. Die Mitgliederzahl war Ende 1927 404 und ist jetzt 458. Am Schlusse des Jahres war ein Kasseeinstand von 7112 M. vorhanden. Aus dem Bericht des Gauvorsitzenden Kuschbach war zu entnehmen, daß bis auf wenige alle Lehrlinge unserer Lehrlingsabteilung angehören. Die Veranstaltungen werden gut besucht. Die Wahlen des Ortsvorstandes, des Kartelldelegierten und der Vergütungskommission erbrachten keine Änderung. Nach der Berichtserstattung des Kartelldelegierten Kollegen Schmidt wurde beschlossen, den ausgesteuerten Kranken, den Invaliden und den Witwen ein Weihnachtsgeld in Höhe von 25 M. zu bewilligen, wodurch die Ortskasse mit 885 M. belastet wird.

Freiburg i. Br. Unsere Versammlung am 18. Dezember ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Joseph Seig, dessen Verdienste um unsere Organisation volle Würdigung fanden. Nach Erledigung zweier Ausnahmen und einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde mit größtem Interesse der ziemlich ausführliche und sachliche Bericht unseres Gauvorsitzenden Sandoz fort über die Gauvorsitzendenkonferenz entgegengenommen. Die dort beschlossene Nichtbindung des Manteltarifs löste größtes Bestreben aus und wurde in schärfster Weise genehmigt. Im Gegensatz hierzu wurden die anderen, speziell in puncto Unterstützungsweisen gefaßten Beschlüsse

gutgeheißen. Der guten Vorarbeit, die hiermit dem nächsten Verbandstag geleistet wurde, könne die Anerkennung nicht verjagt werden.

Hamburg-Altona. Unsere Versammlung am 13. Dezember ehrte zunächst die seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen Chr. Freißner (Prinzipal) und Oskar Marx. Ersterer ist, trotzdem er seit langen Jahren selbständig war, über 50 Jahre Mitglied des Verbandes gewesen und hat ihm bis in sein hohes Alter die Treue bewahrt. Ferner gedachte Kollege Kunzler unsres am 3. Dezember verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Joseph Seig, in besonders ehrenvollen und tiefgefühlten Worten, hervorhebend, was der Verstorbene für den Verband gewesen ist. Das Andenken dieser Toten wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nach Bekanntgabe des Arbeitslosenstandes (die Zahl der Arbeitslosen steigt fortgesetzt) wies Kollege Kunzler auf die Lehrlingsstellung 1929 hin. Es müsse dafür gesorgt werden, daß keine Überführungen der Stala erfolgen; jede Überführung ist dem Bureau sofort zu melden. Weiter ging er auf das Ergebnis der am 7. November aufgenommenen Stadtkonferenz ein. Zu Punkt 2 der Tagesordnung (Weihnachtsunterstützungen) hatte der Vorstand vorgeschlagen, die im Vorjahre gezahlten Sätze mit den geltenden Raten wieder zu gemahren; die Erwerbslosenkommission hat beantragt, diese Sätze zeitgemäß zu erhöhen. Nachdem Kollege Corti noch auf die in andern Gauen in Aussicht genommenen Sätze hingewiesen und vor einer Überpannung gewarnt hatte, sprach Kollege Kunzler in gleichen Sinne. Nachdem sich dazu noch mehrere Kollegen geäußert hatten, wurden die aus der Versammlung gestellten Anträge angenommen. Den Bericht von der Gauvorsitzenden- und Kassiererkonferenz gaben die Kollegen Kunzler und Corti. Ersterer teilte mit, daß die Kündigung des Lohntarifs einstimmig beschlossen ist. Anders lägen die Dinge beim Manteltarif; hier sei nach sehr eingehender Aussprache und Berücksichtigung aller Verhältnisse beschlossen worden, den Tarif nicht zu kündigen. Kollege Corti ging in längeren Ausführungen auf die sonst behandelten Fragen ein. Beide Berichte wurden von der Versammlung mit Spannung aufmerksam entgegengenommen. In der Aussprache gab Kollege Lepper eine schon allen bekannte Darstellung der heutigen Arbeitskämpfe in letzter Zeit, besprach sodann die nach seiner Meinung reformbedürftigen Paragraphen des Manteltarifs und hätte erwartet, daß die Vertrauensmänner sowie der Gauvorsitzende hier und zuletzt auch die Gauvorsitzendenkonferenz sich für Kündigung des Manteltarifs ausgesprochen hätten, denn vieles sei im Tarif noch zu verbessern. Er richtete dann an Kollegen Kunzler die Frage, ob auch er für Nichtbindung gestimmt habe, was von diesem bejaht wurde. Redner beendete seine weitläufigen Ausführungen, indem er eine Entschuldigende einbrachte, die in heftigen Worten den Standpunkt der Gauvorsitzendenkonferenz verurteilt und allen, die zur Herbeiführung dieses Resultats beigetragen haben, das schärfste Mißtrauen aussprach. Nachdem die Kollegen Rüber über die Kündigung von älteren Kollegen vor Weihnachten und Goede über die kleine Generalversammlung (Gauvorsitzendenkonferenz) gesprochen hatten, ging Kollege Kunzler auf alle in der Aussprache (speziell von Lepper) aufgeworfenen Fragen im Schlußwort ein, stellte irrtümliche Auffassungen richtig und rechtfertigte in überzeugender Weise seinen in Berlin eingenommenen Standpunkt. Kollege Corti verzichtete auf ein Schlußwort, da sein Bericht nicht beanstandet wurde. Die Entschuldigende Leppers wurde darauf mit 153 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Magdeburg. Unsere Generalversammlung am 16. Dezember hatte einen guten Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahmen die Versammelten stehend den Nachruf für unsern verstorbenen Kollegen und Führer Joseph Seig entgegen. Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen gab Gauvorsitzer König (Halle) den Bericht von der Gauvorsitzendenkonferenz, aus dem ersichtlich war, daß auf der Konferenz viel erprobte Arbeit geleistet worden ist. Den Jahresbericht erstattete Vorsitzender Weigelt. In kurzen Zügen ließ er die Ereignisse des verflohenen Jahres Revue passieren. Fernersprach er der Kollegenschaft seinen Dank für das gezeigte rege Interesse sowie für den sich gebesserten Versammlungsbesuch aus. Beim Punkt „Vorstandswahl“ trat in der Besetzung dieser Posten keine Änderung ein und dadurch, daß der Gesamtverband wiedergewählt wurde, kam zum Ausdruck, daß er seine Pflicht in vollstem Maße erfüllt hat.

Mainz. (Drucker. — Vierteljahrsbericht.) Am 11. November fuhrten wir mit 45 Teilnehmern zu einer technischen Exkursion in die Farbenfabrik Gebrüder Schmitt G. m. b. H. (Frankfurt a. M.-West). Hier gab es viel Neues zu sehen, und voller Wissensdurst folgten die einzelnen Gruppen den führenden Herren, um praktisch wie theoretisch die Herstellung der schwarzen wie bunten Farben kennen zu lernen. Trotz der verschiedenen Farbenkäfte, die der eine oder andre Teilnehmer an seiner Kleidung hatte, verließen alle Kollegen hochbefriedigt und voll des Lobes über die sachgemäße Führung die Fabrik. Für die freundliche Unterbringung unserer Fortbildungsbefreunden und das so reichlich Gebotene sei auch an dieser Stelle der Firma bestens gedankt. — Nach einstimmiger Genehmigung des vom Vorsitzenden erläuterten Winterprogrammzweites trat die gutbesuchte Novemberversammlung in unser Winterprogramm 1928/29 „Das Druckwerk als Kunstwerk“ (Vortrag des Herrn Professor Chr. H. Kleutens), verbunden mit einer Ausstellung von Drucken des Vortragenden, aus der Mainzer und der Ernst-Dubwig-Preße, ein. Der Vortrag sowohl, wie nicht zuletzt die meisterhaften, selbst hergestellten Drucke zeigten von der großen intelligenz Liebe zur schwarzen Kunst und einem reichen Schatz von praktischen und theoretischem Wissen und Können des Vortragenden. Der starke Beifall legte Zeugnis ab von dem großen Interesse der Anwesenden an dem so gehaltenen Vortrag. Es sei deshalb dem Herrn Professor Chr. H. Kleutens auch an dieser Stelle bestens gedankt. — In der gutbesuchten Dezemberversammlung widmete zunächst Kollege Bitter unserm selber zu früh verstorbenen Kollegen Joseph Seig einen warmen Nachruf, und die Versammlung ehrte den teuren Führer in der üblichen Weise.

Nach Erledigung einer Neuaufnahme besprach Kollege Bitter das Rundschreiben Nr. 5 der Zentralkommission, worauf eine rege Aussprache einsetzte.

Offenbach a. M. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Bezirksversammlung am 17. Dezember widmete Vorsitzender Pfahner unsern verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seig, einen ehrenvollen Nachruf, und die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Nachdem dann verschiedene Eingänge bekanntgegeben, gab Kollege Seig ein zu gedruckt vorliegendes Abrechnung vom dritten Vierteljahr einige Erläuterungen, worauf ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Bezüglich der vom Gewerkschaftsrat vorzunehmenden Weihnachtsgeldbescheide der Kinder Erwerbsloser wurden nach Erörterung der Angelegenheit 100 M. für diesen Zweck aus der Bezirkskasse bewilligt, ebenso einem schon jahrelang erkrankten Kollegen 50 M. Den arbeitslosen und invaliden Kollegen wurden je 10 M. Weihnachtsgeld zugeworfen. Der Bericht von der Gauvorsitzendenkonferenz wurde sodann noch entgegengenommen und das Geheißte gutgeheißen, wenn man auch nicht mit allem einverstanden war.

H. Regensburg. (Handsetzer.) Bereits am Vorabend der vierten Handsetzer-Vorstandskonferenz des Gau Bayern am 2. Dezember fanden sich die meisten Delegierten hier zu einem Empfangsabend ein, der von den hiesigen Kollegen sehr zahlreich besucht war und sich zu einem gemühtlichen kollegialen Besammlen gestaltete. Der Vorsitzende der hiesigen Handsetzervereinigung, Kollege Kerner, begrüßte die anwesenden Delegierten. Einige Chöre des Buchdrucker-Gesangvereins Regensburg halfen den Abend verschönern und bei Konzert und humoristischen Vorträgen vergingen die Stunden nur aufzulachen. Am Morgen des 2. Dezember eröffnete Kollege Kumpol (München) die Konferenz. Er ließ alle Anwesenden willkommen heißen und teilte mit, daß 22 Delegierte vertreten seien. Hierauf gab er einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und die Tätigkeit der Handsetzervereinigungen im allgemeinen. Daraus war zu entnehmen, daß zurzeit bereits 56 Vereinigungen im Reiche bestehen. Der Gau Bayern habe durch die Wiederaufrichtung der Hamburger Vereinigung einen erfreulichen Zuwachs erhalten und zählt 18 Orte. In seinem Bericht verwies Kollege Kumpol ferner darauf, daß bei eintretendem Arbeitsmangel an der Sechsmaschine vielfach Handsetzer entlassen werden und Maschinensetzer an deren Stelle treten. Dagegen mühten sich natürlich die Handsetzer entschieden wehren. Kollege Fißler (München) erstattete hierauf den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß die finanzielle Lage im Gau Bayern als gut zu bezeichnen ist. Die Ausführungen des Vorsitzenden sowohl wie des Kassierers fanden die Zustimmung der Delegierten. Hierauf wurde zur Tagesordnung der am 8. und 9. Februar in Berlin stattfindenden dritten Handsetzer-Vorstandskonferenz Stellung genommen. Hierbei fand besonders Punkt 2: „Die materielle Lage der Handsetzer“, eine ergiebige Aussprache. Allgemein kam hierbei zum Ausdruck, daß die Entlohnung des Handsetzers heute in keinem Verhältnis zu den an ihn gestellten Forderungen mehr stehe und besonders auch die Verarbeitung des Maschinenjahres eine bessere Entlohnung finden müsse. Die Lehrlingsfrage wurde ebenfalls ausgiebig behandelt, und es wurde betont, daß auch auf die Handwerkskammern eingewirkt werden müsse, um Auswüchse von direkten Lehrlingen, ausbildungs- betrieben zu unterbinden. Hierbei wurde besonders auf einen Fall „Kreuzberg“ hingewiesen. Die übrigen zur Berliner Konferenz aufgestellten Punkte fanden ebenfalls Zustimmung. Vom Gau Bayern lagen Anträge vor aus Nürnberg und München, die ebenfalls Annahme fanden und an die Geschäftsstelle in Leipzig weitergeleitet werden. Als Delegierte für die Konferenz in Berlin wurden gewählt: Kumpol (München), Gauer (Nürnberg), Rothmann (Münzberg) und als Kartelldelegierter Bogelgang (Augsburg). Die Festsetzung des Beitrags fand dadurch eine Änderung, daß ab 1. Januar 1929 von Orten oder Bezirken mit über 100 Mitgliedern 80 Pf. (bisher 60 Pf.) pro Mitglied und Quartal an die Gauvereinigung abzuführen sind. Kollege Fißler teilte noch mit, daß von der Münchner Vereinigung eine Chronik für den Gau Bayern angefordert wurde und ersuchte sämtliche Delegierte um Mitteilung von Vorkommnissen aus ihren Mitgliedschaften, um diese der Chronik einzuverleihen. Für die nächste Konferenz wurde als Tagungsort Augsburg bestimmt. Vorsitzender Kumpol dankte hierauf den Regensburger Kollegen für ihre Mithilfe, besonders auch für den ihnen bereiteten Empfangsabend. Damit fand die Vorstandskonferenz ihren Abschluß.

Saarbrücken. Zu einer schöpferischen Pause in unserm gewerkschaftlichen Leben gestaltete sich die vom Ortsvorstand angelegte Gedächtnisfeier für unsere verstorbenen Führer, die Kollegen Seig und Gemmel. Beide, bis zum letzten Augenblick ihres Lebens vorbildliche Führer, verließen uns in einem Abstand von knapp 48 Stunden. Während Seig Führer der großen Buchdruckerfamilie war, lebte Gemmel mitten unter uns als Führer der Maschinensetzer im Saargebiet. Doppelt schmerzhaft war für uns der Tod des gemeinsamen Führers, unsres Verbandsvorsitzenden, da wir hier im Saargebiet durch ein künstliches Staatsgebilde teilweise von unsrer großen Gemeinschaft, dem Verband der Deutschen Buchdrucker, losgelöst sind. In früher Morgenstunde versammelten sich die Kollegen Saarbrückens und die Funktionäre der auswärtigen Ortsvereine, um an der Gedächtnisfeier teilzunehmen. Die von Herrn P. Thonet (Sänger) und Herrn Albert Eisenbarth (Münster) stimmungsvoll vorgetragenen Lieder, Largo von Händel und der Wägenhieb von Mendelssohn, trugen mit dazu bei, den Boden aufnahmefähig zu gestalten für die Worte, die nunmehr der Vorsitzende K. Henzel an die Anwesenden richtete. Von beiden Verstorbenen zeichnete er ein Bild, das für uns alle eine Mahnung war: Weiterarbeiten im Geiste der Verstorbenen ist ihre beste Ehrung. Das Wörtchen „Es ist bestimmt“ gab der Feier einen würdigen Abschluß. — Nunmehr eröffnete der Vorsitzende die Ortsversammlung. Als einziger Punkt war der Bericht von der Gauvorsitzendenkonferenz entgegenzunehmen. Hierzu erteilte der Vor-

von Barnhelm“ schrieb, wozu er als Stoff eine Episode aus dem Siebenjährigen Kriege wählte. Dann ging er nach Hamburg als Dramaturg, wo er drei Jahre blieb; vorher hatte er noch den „Laokoön“ beendet, eine Schrift „Über die Grenzen der Malerei und Poesie“, „mit beiläufigen Erläuterungen verschiedener Punkte der alten Kunstgeschichte“, eines seiner berühmtesten Werke.

1770 ging er als Bibliothekar nach Wolfenbüttel, wo er bis zu seinem Lebensende wirkte. Ende Januar 1781 glaubte er von dem inzwischen eingetretenen Leiden in Braunschweig Erholung zu finden; er kehrte nicht mehr nach Wolfenbüttel zurück, sondern starb in Braunschweig am 15. Februar 1781, betrauert von den Geschzten, betrauert von den Poeten. Ein großer Mann hatte seinen großen Geist ausgehaucht, ein edler Mensch war von seinen Erdenqualen erlöst. Goethe schrieb über ihn: „Leßing wollte den Titel eines Genies von sich abweisen, aber seine dauernden Wirkungen zeugen wider ihn selber.“ Schiller widmete ihm die Worte: „Leßing, der gebildete Jüngling der Kritik und ein so waschamer Richter seiner selbst.“ Setne schrieb: „Merkwürdig ist es, daß jener wichtigste Mensch in Deutschland auch zugleich der ehrtlichste war. Nichts gleicht seiner Wahrheitsliebe.“ Mit dem Dankgedicht Hoffmanns von Fallersleben wollen wir unsre Betrachtungen zum 200. Geburtstag des Dichters und Denkers Gotthold Ephraim Leßing beschließen:

Dank dir, der du unter den erhabenen Künftigen
Ein Meister, den Kranz gekleidet den Weltkron
Und die Flade gebahnt hast unsern Weßern!

Zu
Der Krafterschütterungen Feiner und Mähter,
Der Wissensmeinungen Prüfer und Stühter.
Zu Schrecken aller Verleumdungstühter,
Der Wahrheit Verleühter,
Der Schönheit Wähter!
Zehn sei in Lieb' und Dankbarkeit
Dein' gedacht und allezeit!

Wie sehr alle Fortschritte abhängig sind vom Einflusse des Gewerkschaftsgedankens auf die Parlamente, beweist dieser Vorgang deutlich. Wenn die Arbeiterkraft die Kraft ihrer Einkommengabe bei allen Wahlen zu Körperparlamenten und Parlamenten gesetzlich können ihre Stimme auch besser berücksichtigt werden. Und wenn tüchtige Gewerkschafter in großer Zahl in den Volkswortredaktionen mitwirken können, werden auch die neuen Ziele der Demokratiefortschritt der Betriebe und der Wirtschaft schneller zu erreichen sein. Ap.

Neun Jahre Betriebsräte

Das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 ist ein Kind der Revolution: Wir legen das, obwohl keine Spuren mehr zurückzuführen. Was sollte aus der Materie gemacht werden? Die einzigen, die eine klare Antwort auf diese Frage geben konnten, waren ebenfalls die englischen Gewerkschaften. Sie waren es, die die Idee eines „selbständigen Parlaments“ entworfen hatten. Sie glaubten, der alte Parlamentarismus sei überlebt und würde durch eine zweite „Kammer der Arbeit“ ergänzt werden. Zweifellos kannten die führenden Männer der Arbeiterbewegung die führenden Gewerkschaften. Ihre Theorie erweckte sich aber bald als unzulässig. Die Welt praktisch zu befrachten, sie wurde von der Macht der Ereignisse weggeführt. Nichts blieb übrig. Sogar die gewerkschaftlichen Betriebsräte in England versanken im Strudel der Zeit. Betriebsräte in England zu bestehen. So ist Deutschland heute ein Land, das dem Rückgang eines praktischen Grundlages. Er ist ein Land, das den besten Teil seiner Leistung in Deutschland verlor, das es, was wirtschaftliche Mittel in Verbindung mit den Gewerkschaften auszuweisen. Sowohl in England als auch in Russland wollte man im Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung Mittel schaffen. Die Geschichte der russischen Revolution beweist dies. Die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung aber die dirigierende Gewerkschaftsbewegung ein Hindernis ist. Nicht bemerkenswert ist, insofern im Verlauf der russischen Revolution Betriebsräte entstanden, mußten die Nachkriegszeit derselben zur Bannung des Betriebsrätegedankens befehlen. Wenn es auch in der Arbeiterkraft niemand gibt, der den russischen Geist zu verstehen ist, so muß man sich wohl niemand, der den Betriebsrätegedankens befehlen wollte. Mit Recht schrieb S. Nijajew in 1920: „Der Betrieb ist als die Keimzelle der Produktion aus der Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung.“ Nichts anderes hat auch Nijajew eingesehen, daß ein auf sich selbst angewiesener Betrieb ist den Sinn des Gemeinwohls aus den Augen verlor, was, was es nur zu leicht zu einem reaktionären Versuch wird, was an der Entwicklung der russischen Ereignisse nachzuweisen ist. Mr. Phillips Price, während der Revolution Korrespondent des englischen „Manchester Guardian“, schrieb bei seiner Beschreibung der russischen Arbeiterbewegung über die erste Periode der Revolution, die Revolution am 13. Februar 1919 in der „Republik“. Die Beschreibung über die Kontrolle der Arbeiter über die Industrie (nebenbei gesagt, ein dem Gewerkschaftsdenken entlehnter Begriff. Der Verfasser) wurde von den Arbeitern in dem Sinne verstanden, daß sie die Fabriken eines Bezirks übernehmen und weiterverarbeiten könnten. Die Arbeiter wollten die Fabriken der anderen Gebiete. Die Beschreibung über die Bewegung ganz anders besetzt war, als die Arbeiter unter der Bedrohung verstanden. Die Folge war Chaos. Die Arbeiterregierung hat große Not, die anarchischen, antisozialistischen Tendenzen gewisser Teile der führenden Arbeiter zu bekämpfen. In den Fabriken entstanden schwere Kämpfe zwischen den Arbeitern und den Arbeitern. Der Arbeiter wollte glauben auf seine Faust handeln zu können, was bestimmt um das Wohl der Allgemeinheit. Zur Weiterentwicklung dieser widersprüchlichen Zustände schränkte man die wirtschaftliche Mittel bis zur Unkenntlichkeit ein, die Tröst in seinem Tätigkeit in Deutschland herausgekommen

Wunde des näheren barkeit. Unter diesen Umständen war es klar, daß die deutschen Gewerkschaften eine ähnliche Entwicklung zu verhindern.

Der große Fehler deutscher Ultrarevolutionäre lag darin, den großen Unterschied zwischen deutschen und russischen Verhältnissen nicht zu begreifen zu können. Sie wollten rein russische Verhältnisse nach Deutschland pflanzen. So ihre russische Wahn vergangen sie, die hochindustrielle Lage Deutschlands in den Kreis ihrer Betrachtungen zu stellen.

Sie erkannten den großen Unterschied zwischen deutschen und russischen Gewerkschaften nicht und glaubten, daß in Russland Betriebsräte zur Vernichtung der Gewerkschaften aufstehen, müßte in Deutschland ein ähnliches Verhängnis überkommen. Das Wahre ist, daß die deutschen Gewerkschaften unter dem Schutz der Polizei mit polizeilicher Hilfe entstanden, um das Aufkommen einer klassenbewußten Arbeiterbewegung zu verhindern. Es waren Handwerker, nicht die deutschen Gewerkschaften, die im Kampf gegen Staat und Polizei groß und mächtig geworden, nicht in irgendeiner Weise. Die deutschen Gewerkschaften waren die besten Vertreter der Arbeiter in Fabrik und Werkstatt. Pflichterfüllung und unverantwortlich wäre es gewesen, wenn auch in Deutschland ähnlich wie in Russland die Gewerkschaften unersetzlichen Elementen ausgeliefert worden wären. Sonderartige Gewerkschaftenmitglieder haben längst begriffen, daß es eine nicht so gut genug zu läßt, wenn es den Gewerkschaftenführer wäre, eine Nachahmung des russischen Beispiels zu verhindern.

Wird man heute rückwärts auf die Ereignisse jener Zeit, so denkt man mit Trauer an die Kämpfe gegen die Gewerkschaften. Anstatt durch die Gewerkschaften danach zu streben, ein fortschrittliches wirtschaftliches Regiment zu schaffen, glaubte man den ganzen Kampf auf die persönliche Verhaftung konzentrieren zu müssen. Wohnungsbauverordnungen waren die Folge. Durch die Parole „Alle Macht den Räten!“, „Aus aus den Gewerkschaften!“ wurde die Kampffront der Arbeiter geschwächt, das Arbeiteremblem aber erhielt Zeit zur Sammlung. In dem geschwundenen Durchdringen war es unmöglich, das Betriebsrätegesetz so zu gestalten, wie es notwendig gewesen wäre.

Es ist schon so, wie der Engländer G. W. Guillebrand in seinem 1928 erschienenen Werk über die Geschichte des Geleites schreibt: „Die mit Pauken und Trompeten angekündigte Bewegung ging am Anfang einer wirklich brauchbaren Idee zugrunde. Einige Führer der Räten wollten einen Komitee, d. h. ein Komitee aus den Parteien (Düniam, Müller); andere verlangten, den Räten sollten dieselben Rechte wie dem Parlament eingeräumt werden (Gasse, Kaufhof); wieder andere wollten Kammer der Arbeit, die neben dem Parlament aus politische Funktionen auszuüben hätten. Ziel der Mehrheit der Räten war die Verwirklichung unter der Aufsicht der Arbeiter der Gründung des revolutionären Handwerks beizugehen. Diese Worte entstanden jedoch nur die halbe Wahrheit über die Geschichte der Revolutionsperiode. Was der Revolution die großen Schäden zuzugute, war der Versuch, durch die Arbeiterbewegung der Gewerkschaftsbewegung den Boden zu entziehen. Die Arbeiterkraft hat, wie bereits erwähnt, längst die Unzulänglichkeit dieses Treibens eingesehen. Einmal ist klar: Der Kampf der Arbeiter zur Erringung des Mitbestimmungsrechts in der Produktion hat heute in der nachrevolutionären Periode einen anderen Inhalt als ehemals, aber dieser Kampf ist nicht erloschen. Immer mächtiger werden die Kräfte, die einst dem gleichen kapitalistischen Treiben Einhalt gebieten werden. Die Arbeiter werden weiter erstreben, heißt nach am Anfang seines Kreislaufs.

Der Herr-in-eigenen-Haus-Standpunkt ist klar. Auch das „freie Spiel der Kräfte“, das in der Fähigkeit des Kapitalismus eine so große Rolle spielte, hat längst seine Zukunft verloren.

Eins aber muß sich jeder Gewerkschaftsführer zum neuen Jahreslaufe des Betriebsrätegesetzes merken: Ist der Betrieb die Keimzelle der Produktion und auch der Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung, so muß das erste Gebot sein: Wahrung und immer wieder Wahrung zu schaffen. Die Erringung des Mitbestimmungsrechts ist zweifellos eine Maßnahme; eine gewerkschaftliche Kraft kein Fortschritt, aber darüber hinaus ist es eine Bildungsfrage. W. W.

Aufzeichnungen der Betriebsratsmitglieder

Die Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder heißt nicht nur einer besonderen Kontrolle der Unternehmer. Dies erstreckt sich natürlich nicht darauf, ob die Betriebsvertretung ihre gesetzlichen Pflichten sorgfältig erfüllt, sondern sie ist dazu bestimmt, der Betriebsvertretung die Ausübung ihrer Tätigkeit möglichst schwer zu machen. Häufig werden den Mitgliedern der Betriebsvertretung Schwierigkeiten wegen der Beschäftigung ihrer verbleibenden Arbeitszeit gemacht. Nach § 3 des BRG, vermehren die Mitglieder der Betriebsvertretung ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Die durch die Amtstätigkeit notwendige Zeiterwinnung darf eine Minderung ihrer Entlohnung nicht zur Folge haben. Um nun stets den Nachweis zu haben, daß die verbleibende Arbeitszeit zur Ausübung der Amtstätigkeit notwendig ist, sollte jeder Betriebsrat eine Aufzeichnung über seine Tätigkeit aufbewahren in einem Tagebuch machen. Wenn der Unternehmer die Notwendigkeit der Zeiterwinnung ablehnt, so kommt aus diesem Anlaß zu einer Klage, so können die Aufzeichnungen als Beweismittel wertvolle Dienste leisten. Die Aufzeichnungen sollen im großen Rahmen Aufschluß über die Tätigkeit geben und brauchen durchaus nicht sehr minutiös zu sein. Es muß aber zu ersehen sein, wie eventuell verbleibende Arbeitszeit aufzubringen gekommen ist.

Betriebsausführungswahlen

Nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 22. Juni 1928 (RAG, 342, 2728), veröffentlicht in der Zeitschrift für Arbeitsrecht, S. 128 ff., § 390, gelten auch für die Wahlen zum Betriebsausführungswahlgesetz die für die Wahl des Betriebsrats im § 18 der Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz dargelegten Grundzüge der Verhältniswahl. Das Reichsarbeitsgericht kommt in seiner Entscheidung zur Auffassung folgender Grundsätze hinsichtlich der Betriebsausführungswahlen: Werden für die Wahl des Betriebsausführungswahlgesetzes Listen aufgestellt und erhält nur ein Bewerber, auch den Namen eines Mitgliedes der Arbeitergruppe nicht gemäß wird, innerhalb der Liste, die den Namen des Mitgliedes der Arbeitergruppe enthält, eine Verzeichnung der Wählerstimmen, so ist die Wahl als Verhältniswahl anzusehen, wenn die Wählerstimmen auf die Listen I und II, so ist der Arbeitergruppenvertreter aus der Liste II zu entnehmen, während die übrigen Mitglieder auf die Listen I und II nach den Grundzügen der Verhältniswahl zu verteilen sind.

Notizen bei Betriebsratswahlen

Den Betriebsratsmitgliedern werden bei der Erringung von Betriebsratsberichten und Bilanzunterlagen zu helfen. Die Unternehmer häufig Schwierigkeiten bereitet, wenn sie sich während der Berichterstattung Notizen machen wollen. Nun hat das Landesarbeitsgericht Essen in einem Erkenntnis vom 14. Juni 1928 (LArb. 9/28) die Berechtigung der

Betriebsratsmitglieder zur Anfertigung solcher Notizen anerkannt. In dem Beschluß wird gesagt, daß der Unternehmer den Betriebsratsmitgliedern grundsätzlich nicht verweigern kann, sich bei der vierjährlichen Berichterstattung über die Bilanzunterlagen Notizen anzufertigen. Der Unternehmer darf auch nicht die Abfertigung der Bilanzunterlagen unter Vermeidung der Bilanzklärung nicht unterlassen, weil die Betriebsratsmitglieder von der Anfertigung der Notizen nicht Abstand nehmen wollen. Die Betriebsratsmitglieder müssen allerdings die als vertraulich bezeichneten Angaben des Unternehmers auch geheim halten.

Beachtlich die sanitären Bestimmungen!

Die für Buchdruckerin erlassenen besonderen Gesundheitsvorschriften (Sanitätsverordnung vom 21. April 1907) sind in den letzten Jahren mehr oder weniger in Vergessenheit geraten. Zu einem Teil hat das beigetragen der Mangel an Material und auch der Preis desselben. Die Gehilfen haben beide Augen gedreht, was es auch mal nicht so appetitlich in den Arbeitsträumen auszuwählen. Heute ist die Einhaltung der sanitären Vorschriften nicht so schwierig, und Interesse und Anteilnahme der Betriebsräte unter Buchdruckerarbeitern müssen die Betriebsräte die Durchführung der alten Bestimmungen wieder strenger überwachen. Die Arbeitsräume müssen in menschenwürdigen Zustand erhalten werden. In den Räumen darf, dem für jede Person vorgeschriebenen Platzraum entsprechend, ein Tisch für einen Arbeiter vorhanden sein. Die Fenster sollen eine gute Lüftung ermöglichen. Der Fußboden soll so beschaffen sein, daß eine leichte Beseitigung des Staubes auf saubere Weise möglich ist. Fußböden müssen glatt gehalten sein. Wände und Decken müssen, wenn sie nicht eine glatte, abwaschbare Oberfläche oder einen Fliesenanstrich haben, mindestens einmal im Jahre mit Seife frisch angestrichen werden. Die Beseitigung und der Abfallabtransport müssen einmal jährlich abgeschlossen werden. Für die Fliesenarbeiten lichter, so ist er alle zehn Jahre. Wenn er nicht lichter ist, alle fünf Jahre zu erneuern. Räume und Einrichtungen, besonders auch Wände, Gemälde und Regale sind zweimal im Jahr gründlich zu reinigen. Die Fußböden sind mindestens einmal feucht aufzuwischen. Bettentwürfe sind mindestens zweimal im Jahre zu reinigen. Wenn in den alten Vorschriften hierfür auch noch das Auswaschen der Fußböden heute die gebräuchlichste einwandfreie Reinigung ist, so darf das Auswaschen nicht unterlassen werden. Die Saftlöcher sind dann noch die Saftlöcherabfuhrungsregale zu entsaften. Gerade hier entwickelt sich oft schlimmste Schmutzherde. Die Entsaftung der Kästen und Regale soll nicht jugendlichen Arbeitern übertragen werden. In den Arbeitsträumen ist für je fünf Personen ein mit Wasser gefülltes Spülnapf anzufertigen. Dieser ist häufig zu reinigen. Auswändige Arbeitsmaschinen sind in den Arbeitsträumen oder in deren Nähe anzubringen und mit Seife auszuräumen. Jedem Arbeiter ist wesentlich ein reines Handtuch zu liefern. Wenn nicht genügend Wasch- einrichtungen mit fließendem Wasser vorhanden sind, muß ein Spülnapf mit Wasser gefüllt sein. Die Hände sind nach jeder Arbeit zu waschen. Die Hände sind ebenfalls aufzuwaschen. Die Arbeitsträume sind, wenn dies nicht möglich ist, so müssen im Arbeitsraum genau Staub genügend fließende Schränke vorhanden sein. Alle diese Vorschriften sollten den Arbeitern der Buchdruckerin sein. Zu aber gerade um diese Vorschriften zu befolgen, ist ein gewisses Interesse notwendig mit den Unternehmern geführt werden muß. Es ist notwendig, die Erinnerung an die sanitären Vorschriften unseres Gewerbes etwas aufzufrischen. Es wird schon überall noch etwas zu verbessern sein. W.

liegende unserm Gauvorsteher Störk das Wort. Auch er, der jahrelang mit dem Verbandsvorstand arbeitete und persönlich mit ihm befreundet war, widmete ihm Worte freundschaftlichen und ehrenden Andenkens. Sodann zeichnete er ein Bild von der Gauvorsteherkonferenz, das an Deutlichkeit und verantwortungsbewußter Arbeit nichts zu wünschen übrig ließ. Auch diese Ausführungen zeigten, wie mühselig die Arbeit des zu Grabe getragenen Führers war. Die in der Diskussion vom Kollegen Storch zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß wir unsern Führern dankbar sein müssen für die auf der Konferenz geleistete Arbeit, fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung.

Stuttgarter. In unserer Versammlung am 8. Dezember widmete der Vorsitzende unsern Toten einen ehrenvollen Nachruf. Dem Verbandsvorstandenden Joseph Seitz, der hierorts persönlich bestens bekannt war durch ein im Jahre 1921 auf einer Bezirksversammlung gehaltenes Referat, und dem am gleichen Tage (3. Dezember) verstorbenen Kollegen Bruno Dillmann, der im Alter von 31 Jahren einer lässlichen Krankheit erlag. Der Ortsverein ehrte beide Verstorbenen in üblicher Weise. Für die Invaliden des Ortsvereins wurde die übliche Weihnachtsgabe bewilligt. Der Bericht über das Herbstvergnügen ergab einen günstigen Abschluß. Der Ausschuß hat gut gearbeitet, die Veranstaltung verlief in schöner Harmonie. Im Kartellbericht wurden u. a. erwähnt: Die Beschwerde über den neuen Vorsitzenden des Arbeitsamtes wegen Einseitigkeit, die günstige Entwicklung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin, die große Mitgliedersteigerung der pommerischen Gewerkschaften im letzten Jahre sowie Bildungs- und Theaterfragen.

Stuttgarter. Unsere Versammlung am 7. Dezember ehrte das Andenken an Kollegen Seitz. Warme Worte voll Dank und tiefer Trauer sand Kollege Klei in. Sie ließen uns den schmerzlichen Verlust, den der Tod in unsre Reihen riß, um so herber empfinden, weil unser Führer aus strengem Schaffen heraus von uns ging. Ohne seine sachkundige Mitarbeit und Leitung müßten wir nun doch in seinem Sinn weiterwirken, weil der von ihm geführte Kurs als der richtige erkannt und der erfolgversprechendste ist. An die Arbeitslosen wurde eine Weihnachtunterstützung durch die Mitgliedschaft bewilligt. Der Gau-tag wird nach dem Verbandstag verlegt. Die Tagesordnung der bevorstehenden Gauvorsteherkonferenz fand Besprechung. In der Aussprache lud Kollege Gesele zu einer Zusammenkunft der Handseher zwecks Gründung einer Sparte ein. Als zweiter Punkt schloß sich ein Lichtbildvortrag über: „Moderne Wohnungsbau im Rheinland und Holland sowie Bremen“ des Herrn Architekten Bee an. Der Einbild, den der Vortragende als Gemeinbedarf in die Wohnungsnot- und -mishwirtschaft hat, stehen ihn jeden Fortschritt und Ausweg aus ihr suchen. Leider ist unsere Gemeindevetretung in der Minderheit, um gegen bürgerliche Interessvertreter ihr Siedlungsprogramm durchzuführen. Ein Aufruf zur Ausführung der Wahlpflicht in proletarischem Sinne bildete den Schluß seines Vortrags. Reich war der Beifall und verdient der Dank, den Kollege Klei in namens der Anwesenden abstatete. — Eine Verräuerungsversammlung am 18. Dezember war vollständig besetzt. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte Kollege Klei in auf die demnächstige Handseherzusammenkunft aufmerksam. Eine Versammlung im Januar werde sich mit Vorträgen zum Verbandstag befassen. Anregungen, den übernächsten Verbandstag nach Stuttgart einzuladen, fanden warme Bewilligung durch Kollegen Klei in. Nachmals galt seine weiteren Ausführungen unserm verstorbenen Führer, als er den Eindruck der Beerdigung im Waldriedhof Mühlheim schilderte. Und wieder weckte der Geist des Verstorbenen unter uns: Eine der letzten Handlungen war der Ausgleich der Grenzreitigkeiten im Offset- und Tiefdruckverfahren, den Kollege Seitz noch kurz vor seinem Ableben herbeiführte. Die Sperre einzelner Stadtgaue dürfte nicht so ausarten, daß es den Kollegen unmöglich gemacht wird, dort Arbeit zu finden. Die Invalidenunterstützungsregelung, Württembergischer Unterstützungsverein, Lohnabkommensbildung, Lohnfala, Zeitungsvereinigungen, eine blide Notiz der „Notenfrage“ wurden gestreift, die vorläufige Regelung des Verbandsvorsitzes, Matersfragen usw. bildeten den Schluß der „Vereinsmitteilungen“. Nach kurzer Aussprache referierte Herr Verwaltungsdirektor Dr. Siegrist von der Stuttgarter Ortskrankenkasse über: „Die sozial- und redtpolitische Entwicklungsgeschichte der Sozialversicherung und die Ortskrankenkasse Stuttgart“. Eine reichliche Aussprache schloß sich an, in der meist die Vertrauenssachfrage der Kritik unterzogen wurde. Die hohe Schuldenlast der Ortskrankenkasse Stuttgart macht es jedem Mitglied zur Pflicht, mitzuwirken, daß Überschüsse, die zu verfindern sind, verhindert werden. In kurzem Schlußwort versprach Dr. Siegrist, den Anregungen nachzugehen und ihnen womöglich Geltung zu verschaffen.

Allgemeine Rundschau

Ein Siebzigjähriger. Am 19. Januar vollendet Kollege Louis Stange, in Erfurt sein 70. Lebensjahr. Seit Oktober 1900 ist er als Vorsitzender des Bezirks- und Ortsvereins Erfurt ununterbrochen tätig, und als solcher zählt er zu den ältesten ehrenamtlichen Funktionären unseres Verbandes. Bis ins vorgeklärte Alter hinein hat Kollege Stange durch tiefschärfstes Pflichtbewußtsein die Grundpfeiler unserer Organisation getreulich stützen helfen, und an seinem 70. Geburtstag kann er auf eine ebenjo selbstlose wie erfolgreiche Funktionärstätigkeit zurückblicken. Auf zahlreichen Verbandstagen war Kollege Stange als Delegierter des Gaues Thüringen vertreten. Auch der Korrektorenparte ist er stets ein treuer Sachwalter gewesen. Aber nicht nur seinen Verbandskollegen galt sein unentwegtes Wirken, sondern im Dienste der allgemeinen Arbeiterbewegung war er ebenfalls von jeher lebhaft tätig. Hier gehörte er zu jenen, die emsig den Boden gepflügt und die Saat gestreut haben, damit reife Frucht daraus erwachse

für das arbeitende Volk. Man hat Unbill hat Louis Stange dafür ertragen müssen, ohne im geringsten wankend zu werden in seiner Überzeugung. Davon kündet kein Protokoll und kein „Sitzungs“bericht, aber dennoch verdient daran heute erinnert zu werden, wo so vieles als selbstverständlich betrachtet und hingenommen wird, was unter schweren persönlichen Opfern erkämpft werden mußte. Immer blieb Louis Stange der lebenswürdige und bescheidene Kollege, und gerade aus diesem Grunde werden sich viele Kollegen, deren Lebenswege den seinigen kreuzten, unsern besten Geburtstagsglückwünschen um so lieber anschießen.

Nachahmenswertes Beispiel. Die Firma Kamslauer Druckereigesellschaft m. b. H. übermittelte ihren Personal in Bernstadt und Kamslau ansehnliche Weihnachtsgeschenke. In Frage kommen ungefähr 40 Personen.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkerstammer in Düsseldorf legte der Seherkollege Karl Schmogolzi auf aus Werden die Meisterprüfung mit gutem Erfolge ab. — Vor der Handwerkerstammer in Erfurt bestanden die Kollegen Franz Baumhach und Richard Wagner aus Nordhausen die Meisterprüfung mit bestem Erfolg.

Lehrlingsordnung und Lehrlingskassell. Die Flensburger Handwerkerstammer hatte die Lehrlingsordnung für das Buchdruckerwesen in ihrer Vollversammlung vom 20. November 1928 nach dem Hamburger Muster angenommen, wollte jedoch hinsichtlich der tariflichen Lehrlingszahlen einen Zusatz machen, wonach in Bezirken mit Kleinbetrieblichen Verhältnissen mit Genehmigung der Handwerkerstammer Ausnahmen (also Erweiterungen der Staffeln) zulässig sein sollten. Gegen diese Festsetzung hat unsere Organisationsleitung Einspruch erhoben, und das Ministerium für Handel und Gewerbe hat die Genehmigung zu dieser Lehrlingsordnung nur unter der Voraussetzung erteilt, daß die Lehrlingskassell genau wie in allen übrigen Lehrlingsordnungen zur Anwendung kommt.

Zur Warnung für Druckerkollegen. Vom Vorstand der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft wurde uns ein wichtiger Gerichtsentcheid für Drucker zur Veröffentlichung übermittleit. In einer Buchdruckerei war eine Arbeiterin auschiltsweise an einer Schnellpresse beschäftigt. Am ersten Tage wollte sie die Maschine während des Betriebs reinigen, wobei das Rührgut von den Walzen erfaßt wurde. Der Drucker pugte darauf selbst die Maschine. Am nächsten Tage wickelte die Arbeiterin das Rührgut fest um die Hand, befaß dann einem Lehrling, die Maschine laufen zu lassen und wollte so die Maschine reinigen. Raum hatte sie ausgesprochen, wurde die Hand von den Walzen erfaßt und der kleine und der Goldring zerquetscht. Daraufhin wurde der Drucker wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 200 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis verurteilt. Seine Berufung gegen dieses Urteil wurde vom Landgericht München I verworfen. Das ist um so schwerer wiegend, als der Drucker nun auch von der Krankenkassen-, der Unfall- und eventuell der Invalidenversicherung für die Arbeiterin in Anspruch genommen werden kann. Nach den Unfallvorschriften der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft darf die Reinigung der Maschinen nur bei Stillstand erfolgen. Der Betrieb, in dem der Drucker beschäftigt war, gehörte früher der Unfallversicherungs-genossenschaft der Papierverarbeitungsindustrie an. Nach diesen Vorschriften ist es gestattet, ausnahmsweise die Maschinen auch im Gang zu reinigen. In dem fraglichen Betriebe hingen natürlich noch die Unfallvorschriften der Papierverarbeitungsindustrie an den Wänden. Die Berufung des Druckers auf diesen Umstand verwarf aber das Gericht, da er als Fachmann wissen mußte, daß nach den Vorschriften der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft Maschinen nur bei Stillstand gereinigt werden dürfen.

Tag des deutschen Buches. Im Reichsministerium des Innern fand am 14. Januar unter Vorsitz des Ministers Gewerke eine Besprechung mit den führenden Verbänden des Schrifttums, des Buchhandels, der Jugendwohlfahrt, der Volkshilfsbildung und der Volkswohlfahrt über den Vorschlag des Reichsverbandes des Deutschen Schrifttums statt, durch Veranstaltung eines „Tages des deutschen Buches“ der geistigen Verflachung des Volkes zu begegnen. An der Besprechung nahmen auch Vertreter der Länder, des Reichs, des Deutschen Städtebundes sowie der Verlagsanstalt des DGB, und des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker teil. Der Minister wies in seiner Begrüßungsaussprache auf die Notwendigkeit hin, gewissen ungeliebten Ansprüchen und Erfindungen auf dem Gebiete des Sports und des Filmwesens durch Stärkung der geistigen Kultur zu begegnen. Das geschieht am besten dadurch, daß dem guten deutschen Buch wieder größere Verbreitung und Geltung verschafft werde. Hieran mitzuwirken, seien Reich und Länder bereit. Alsdann sprachen Walter v. Moos über „Die kulturelle Bedeutung des deutschen Buches in dieser Zeit“, Professor Dr. Santamer (Röln) über „Die kulturelle Bedeutung des wissenschaftlichen Buches“ und der Leiter des thüringischen Volkshochschulwesens Dr. Buchwald (Jena) über „Die kulturelle Bedeutung des Buches für die Volksbildung“. Nach anschließender Aussprache wurde die Veranstaltung von Buchtagen in Berlin und im ganzen Reich gebilligt, deren Veranstaltung unter Förderung der Reichs- und Staatsbehörden vor sich gehen soll. Als „Tag des Buches“ ist der Todestag Goethes, der 22. März, in Aussicht genommen.

Spitzenverband der Deutschen Zeitschriftenverleger. Unter großer Beteiligung der Zeitschriftenverleger aus allen Teilen Deutschlands wurde durch Zusammenschluß des bisherigen Reichsverbandes Deutscher Fachzeitschriftenverleger sowie des Vereins Deutscher Zeitschriftenverleger (Leipzig) und der Vertreter wissenschaftlicher Zeitschriften als Spitzenorganisation der Reichsverband Deutscher Zeitschriftenverleger, e. V., S. H. Berlin, begründet. Als erste Vorsitzende wurden Handelsrichter Erich Greiffenhagen (Berlin) und Hofrat Horst Weber (Leipzig) gewählt. Der neue Reichsverband will die Standesinteressen des gesamten Zeitschriftengewerbes in gleicher Weise wahrnehmen wie die Parallelschriftenorganisationen im Zeitungs- und Verlagswesen.

Eine 100 Jahre alte Druckerei. Unter dieser Stadtmarke bezichtigte die „Germania“ vor einigen Tagen folgendes:

Zu der Erwerbung von 317 tibetanischen Buchdrucken, die dem Amerikaner Dr. Joseph H. Rock für die Kongressbibliothek in Washington gekauft ist, kann „Bibliothikon“ jetzt weitere Mitteilungen machen. Rock entdeckte in Choni eine 500 Jahre alte Druckerei, in der die dortigen Priester zu Beginn des 15. Jahrhunderts ihre heiligen Bücher, die Handbücher und Zantbücher, zu drucken begannen. Diese, im ganzen 317 Bände, waren in einem achteckigen Gebetszylinder untergebracht und so in einer Kapelle aufgestellt. Die Druckstoffe sind bis heute sorgfältig aufbewahrt worden. Nach der Tradition waren die Priester so geübt, daß ein einzelner in vier Tagen eine Seite in Holz schneiden konnte. Die Herstellung der Stücke für die Landbücher soll so 16 Jahre gedauert haben. Mit dem Druck waren 45 Briefe neun Monate lang beschäftigt; andre mußten das ungemein dünne Papier durch Zusammenkleben von sechs Bögen für den Druck tauglich machen. Zum Transport des einzigen außerhalb Tibets befindlichen Exemplars dieser Bücher waren 92 Kisten erforderlich.

Die Veranlassung zur Reichsbanddistontentung. Wie schon kurz mitgeteilt, hat die Deutsche Reichsbank den offiziellen Zinssatz von 7 auf 6 1/2 Proz. herabgesetzt. Das war eine Notwendigkeit, die sich nicht länger umgehen ließ. Dennoch ist der jetzt geltende Distontsatz noch sehr hoch. Es gibt nur wenige Länder, und zwar nur solche minderer Bedeutung, die mit einem so hohen Zinssatz zu rechnen haben. Was veranlaßt die Reichsbank zu diesem Schritt? Das Zentralnoteninstitut hatte die Fälligkeit mit d. m. Geldmarkt weitgehend verloren. Die Privatdistontsätze waren infolge des reichlichen Gelbangebotens niedriger als die Leihsätze der Reichsbank. Infolgedessen ging der Wechselbestand der Reichsbank zurück. Aufgabe dieses zentralen Gebirgskontos soll es aber sein, den Geldmarkt zu regulieren, wozu ein enges Verhältnis zu diesem notwendig ist. Die Reichsbank konnte diesen Schritt wegen, weil sie währungspolitisch nicht leicht steht. Die Notwendigkeitsverhältnisse sind außerordentlich günstig. Die umlaufenden Noten waren am Jahreseschluß durch Gold allein zu 55,4 Proz. gedeckt, durch Gold und Devisen zusammen sogar zu 58,5 Proz. Nach dem ersten Januarausweis ergab sich sogar eine Deckung von 60,9 bzw. 64,4 Proz. Die günstigen Wirkungen der Distontermäßigung liegen in folgendem: Der Niedergang der gegenwärtigen Konjunktur hat nicht zuletzt seine Ursache in den teuren Zinssätzen. Wenn die Sätze für Leihgeld infolge der Distontentung zurück, so kann der Konjunkturrückgang gebremst bzw. der Konjunkturanklang gefördert werden. Die Wirtschaft erholt somit eine wertvolle Stütze. Überdies wird die enge Verbindung mit den offenen Sätzen des Geldmarktes hergestellt. Aus diesen Gründen ist die Senkung des Reichsbankdistonts auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft zu begrüßen. Allerdings stehen dem auch Bedenken entgegen. Diese haben das Reichsbankdirektorium wohl auch bezwogen, nur eine geringe Senkung vorzunehmen. Die Schwierigkeiten werden unter folgendem Gesichtswinkel gesehen: Deutschland ist nach wie vor auf die Kapitalzufuhr aus dem Auslande angewiesen. Diese erfolgt jedoch nur, wenn die Kapitalanlage in Deutschland lohnend ist, d. h. hohe Zinsen bringt. Niedrige Zinssätze bewirken, daß Auslandskapital nicht mehr hereinkommt resp. zurückgezahlt werden. Da aber die deutschen Zinssätze noch immer sehr hoch liegen, ist diese Gefahr im Augenblick weniger zu befürchten. Eine gewisse Stodung wird allerdings eintreten. Ein Umstand, der aber durch die guten Wirkungen der Distontermäßigung ausgeglichen wird.

Ergebnisse der Reichswohnungs-zählung. Nach den nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnissen der Reichswohnungs-zählung vom 16. Mai 1927 entfallen von den rund 791 000 Hausgaltungen und Familien ohne selbstständige Wohnung in den Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern 481 000 oder rund drei Fünftel allein auf die Großstädte. In den Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern wurden insgesamt 2,4 Millionen Wohngebäude mit 8,6 Millionen Wohnungen ermittelt. Dazu kommen noch 79 000 Industri-, Fabriks-, Geschäfts- und Amtsgebäude mit 142 502 Wohnungen und 27 358 Baracken oder Wohnlauben mit 40 489 Wohnungen. Fast ein Drittel aller Wohnungen entfällt auf Einfamilienhäuser, ein Fünftel auf Zweifamilienhäuser und ein reichliches weiteres Fünftel auf Häuser mit drei bis vier Wohnungen. Aber 50 Wohnungen hatten 183 Gebäude. Davon befinden sich 98 allein in Berlin. Die Häuser mit mehr als zehn Wohnungen sind zu 83 Proz. auf die Großstädte beschränkt. In den reinlich-westfälischen und oberthüringischen Großstädten übersteigt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser mit wenigen Ausnahmen den Durchschnitt sämtlicher Großstädte zum Teil erheblich, während er in den altpreussischen und sächsischen Großstädten weit darunter liegt. Unter den 2,4 Millionen Wohngebäuden der Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern befinden sich rund 300 000 oder 12,6 Proz. nach dem 1. Juli 1918 errichtete Neubaugebäude. Über die Hälfte dieser Neubauten bestehen aus Einfamilienhäusern. Von den Baracken und Wohnlauben stammt nahezu die Hälfte aus der Nachkriegszeit. In den Klein- und Mittelstädten ist, wie auch die Statistik der Bauaktivität ausweist, eine erheblich regere Bauaktivität entfallen worden als in den Großstädten. Durchweg wurden Wohnungen mittlerer Größe bevorzugt. Im Durchschnitt der Berichtsgemeinden wiesen reichlich vier Fünftel der Wohnungen und über drei Viertel aller Bewohner keine Untermieter auf. Von je 100 Bewohnern leben in den Großstädten drei in einer eignen Wohnung ohne Untermieter, in den Kleinstädten 84. Verhältnismäßig am meisten Haushaltungen und Familien ohne selbständige Wohnung hatten Hannover, Hellen-Nassau, Nord-Bayern und Westfalen. Unter dem Reichsburdschnitt blieben weiter Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg, Thüringen und Baden.

Verschiedene Eingänge

„Hofa Anzenburg.“ Ein Gedankenbuch, verfaßt von Ruffe Ruffen. Mit 100 Illustrationen. Umfang 522 Seiten. Preis 1,70 M. In Vertriebe 2,50 M. S. Kambler Verlagsbuchhandlung, m. b. H., Berlin W 30.

100 Jahre Klauener Zantbuch. „Der Blaumann“. Jubiläumnummer vom 8. Januar 1929.

Bestorben

In Berlin am 8. Januar der frühere Buchdruckereibesitzer ... In Gera am 6. Januar der Invalide Karl Reumann ... In Göttingen am 12. Januar der Invalide Hermann Spanna ...

Briefkasten

D. N. in B.: Uns ist jene Verfügung natürlich ebenfalls unangenehm ... In Nr. 1 wurde die Sammlung der Delegiertenbilder von 1918 und 1919 im allgemeinen als abgeklüftet erklärt ...

Streise des Nachkommens von Bremen hat sich diese so sicher ergebende Gelegenheit wieder ergreift. Um die von dem Bremer Kollegen angebotenen ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einnahmen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse): Im Gau Bayern die Drucker: 1. Franz Georg Engel ... Im Gau Westfalen die Drucker: 1. Joseph Kleebe ...

Verbandsnachrichten

Berndtsbüro: Berlin SW 61, Dreibrundstraße 5. Fernruf: ... Vernebelzüge, die voraussichtlich erst nach Weihnachtsfest ...

Adressenveränderungen

Deußen (D.S.). (West- und Ost-) Vorstände: Joseph ... Deußen (D.S.). (West- und Ost-) Vorstände: Joseph ...

Heise- und Arbeitslosenunterstützung

Kaumburg a. d. S. Der Seher Franz Berger, geb. 4. April 1908 in Würzburg ...

Veranstaltungskalender

Banzen, 3. Jahres-Hauptversammlung Sonnabend, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in den 'Drei Linden' ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengespaltene Millimeterhöhe für Stellen- ...

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächst- ...

Electric die neue Erfindung! Ohne Anzahlung! Lange Garantie - Rate 75 Pfg. Prachtkatalog gratis u. franco. HANS MUSKAT & Co. BERLIN S. PRINZENSTR. 98

9 Pfund geräucherte Schweinsköpfe mit sicker Backe ... Käse ... Membrando-Abfälle ...

Korrektor ... Stabsetzer ... Sonig ...

Berliner Korrespondenz ... Ditto Weise ...

Sonig billiger ... 10-Pfund-Posthufe, garantiert naturrein, echt goldgelber ...

Neueste Elektrische Apparate ... Ohne Anzahlung Luxuskatalog 9 - gratis - 40 Modelle ...

Mehr Gemüse ... prädigste Blumen ergeben sich durch die ...

Karl Heumann ... Karl Heumann aus Solmsmünde ...

Verlag: Erziehungswissenschaftliche Verlagsgesellschaft des Deutschen Buchdrucker, O. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibrundstraße 5 ...